



**Karlspreis für
Volker Bouffier**

(Seite 4)

**Literaturpreisträger
Dietmar Grieser**

(Seite 4)

**Niedergang
des Sudetenlandes**

(Seite 5)

Drei wichtige Wahlen und Chaos-Wochen an der Moldau

Das wird ein heißer politischer Herbst: Wahlen in Deutschland, Österreich und Tschechien. Und bei allen drei nationalen Urnengängen stehen Belange der Sudetendeutschen auf der Agenda. Das Ergebnis der Bundestagswahl wird Aufschluss darüber geben, ob noch Chancen für eine irgendwie geartete „Heilung“ des Vertreibungsunrechts bestehen, die über das vage Versprechen einer „humanitärer Gesetze“ hinausgehen. Von den Regierungen Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU) war übereinstimmend ausgeschlossen worden, Restitutionsansprüche zu unterstützen. Übrig blieb ein laues Bekenntnis zur „Kulturpflege“. Das Gezerre um die Berliner Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ nährte indes den Verdacht, dass selbst die „Erinnerungskultur“ politischen Vorgaben angepasst werden soll. Die heimatpolitischen The-

men sollen offenbar möglichst lautlos abgewickelt und „entsorgt“ werden. Und das just zu einer Zeit, zu der sich andere Vertreiberstaaten entschließen, auf die ehemaligen deutschen Mitbürger zuzugehen.

Viele Landsleute schauen gen Wien, wo sich durch die Aktivitäten des jungen ÖVP-Talents Sebastian Kurz neue politische Konstellationen im Nationalrat abzuzeichnen beginnen. Wird sich eine künftige österreichische Regierung an die so oft betonte „historische Verpflichtung“ gegenüber den Sudetendeutschen erinnern und auch in direkten Gesprächen mit dem tschechischen Nachbarn entsprechend handeln? Prag ist vor der Parlamentswahl alles andere als ein berechenbarer Partner.

In Umfragen steigt die Zustimmung für die Partei ANO des Milliardärs und bisherigen Finanzministers

Andrej Babis, von dem man übrigens nicht weiß, wie er sich in der sudetendeutsch-tschechischen Problematik positioniert. Ein Stimmenanteil von bis zu 31 Prozent wurden ihm vorausgesagt. Die Sozialdemokraten von Premier Bohuslav Sobotka sackten auf zwölf Prozent ab. Sein Rücktritt vom Rücktritt wurde mit Häme kommentiert, er hat Sobotka vermutlich weitere Sympathiepunkte gekostet. Babis akzeptierte seine Entlassung – und nahm sich vorerst aus der Schusslinie. Womöglich kehrt er nach den Wahlen als Regierungschef zurück. Nicht ausgeschlossen, dass der Tschechischen Republik weitere Chaos-Wochen bevorstehen. Durch das „Machtbündnis Zemans mit Babis“ (Sobotka) sehen sich die Sozialdemokraten herausgefordert, nach einem eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2018 zu suchen. Chaos-Wochen ohne Ende?

DAS BILD DER HEIMAT



Klosterbruck - jetzt bei Znaim eingemeindet - ehemals Prämonstratenserstift mit vielen Kulturdenkmälern.

Foto: Herbert F. X. Weinzierl

Klartext

Ein Zentrum der Peinlichkeit

Von Gernot Facius

Stabilität sieht anders aus. Berechenbarkeit auch. Die jüngsten Koalitionsquerelen führen dem Beobachter vor Augen, dass die tschechische politische Klasse noch immer nicht ganz zu den üblichen demokratischen Standards aufgeschlossen hat. Der Krisenmodus ist in Prag nicht die Ausnahme, sondern die Regel - 27 Jahre nach Vaclav Havels samtener Revolution und seinem Appell, in der Wahrheit zu leben. Dabei kann das Land durchaus mit Erfolgen punkten. Die Wirtschaft brummt, die Arbeitslosenquote fällt niedrig aus, die ökonomischen Daten sind weiter positiv. Nur die Politik zieht nicht mit. Ob nun vorübergehend Ruhe einkehrt im Kabinett oder ob Staatspräsident Miloš Zeman vor den Parlamentswahlen im Oktober noch einmal dazwischen grätscht - die Republik wird so oder so damit leben müssen, dass man ihr eine miserable politische Kultur attestiert. „Die Moral ist hier wirklich unter Null“, hat vor Jahren der inzwischen verstorbene Kardinal Vlk geklagt. Wie würde der Kirchenmann das aktuelle Hauen und Stechen an der Moldau kommentieren? Premier Bohuslav Sobotka warf seinem bisherigen Vize Andrej Babis von der - angeblich liberalen - Partei ANO vor, als Firmenchef mit dubiosen Finanztransaktionen Steuern hinterzogen zu haben. Babis revanchierte sich mit nicht gerade stubenreinen Attacken gegen Sobotka, zudem beschwerte er sich über illegale Telefonabhöraktionen. Und Sobotka? Der Sozialdemokrat machte sich mit seinem Rücktritt vom Rücktritt lächerlich. Tschechien, so ein Prager Pressekommentar, werde zum „Epizentrum der Peinlichkeit“. Zeman ließ den Premier vor laufenden Kameras seine Verachtung spüren. Das Staatsoberhaupt hält zu Babis, der zwar seine Entlassung akzeptierte, aber als Nachfolger einen Gefolgsman installierte. Der Hausherr auf der Burg handelt nicht uneigennützig: Er möchte verhindern, dass ANO einen eigenen Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl aufstellt. Denn Zeman tritt noch einmal an. Was bedeutet das für das sudetendeutsch-tschechische Verhältnis? Auf jeden Fall zusätzliche Unklarheit. Der Oligarch Babis, der sich als „Anti-Politiker“ vermarktet, hat sich mit dieser komplizierten Thematik noch nicht befasst. Zumindest sind von ihm dazu keine öffentlichen Einlassungen bekannt. Und so lange er mit Zeman kooperiert, wird es auch keine positiven Statements geben. Dass das Prager Polit-Chaos wenige Wochen vor dem Sudetendeutschen Tag in Augsburg eskalierte, ist gewiss ein Zufall. Es sollten aber alle gewarnt sein, die zur Verklärung der Verhältnisse neigen, sprich: vor der politischen Instabilität der Tschechischen Republik die Augen verschließen. ■

Wenn die Sorgfalt verloren geht

Anmerkungen von Rüdiger Goldman zu einer amtlichen Broschüre aus Berlin

Die positive Nachricht vorweg: Das Bundesinnenministerium in Berlin und der Beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten haben eine 150-Seiten-Broschüre über die deutschen Minderheiten in Europa und Zentralasien herausgegeben. Die Autoren stellen in knapper Form die einzelnen Minoritäten, ihre Geschichte und ihre derzeitige Lage vor. Die Rede ist von rund einer Million Menschen, die sich trotz wechselhaften Schicksals in fremden Staaten als Deutsche behauptet haben. Erwähnt wird auch die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik. Und dabei - das ist die weniger positive Botschaft dieser amtlichen Publikation - stößt man auf

einige Überraschungen, allein in der Wortwahl, wie Landsmann Rüdiger Goldman (Düsseldorf) in der Kulturpolitischen Korrespondenz (KK) der Stiftung Deutsche Kultur im östlichen Europa (OKR) beklagt.

Goldman in seinem Beitrag, dem die Redaktion den Titel „Sorge um die Sorgfalt“ gab: „Man schreibt von ‚Deutschböhmern, Deutschmähren und deutschen Schlesiern‘, im weiteren Text dann von ‚Böhmern, Mähren oder Schlesiern‘, bevor der heute übliche zusammenfassende Begriff ‚Sudetendeutsche‘ erwähnt wird. Böhmer brauchen wir hier nicht, wir haben schon Berliner, Bayern, Pfälzer

und Österreicher. Und was sollen wir zu der Feststellung sagen: ‚Nach der Vertreibung verschwand die deutsche Sprache aus dem öffentlichen Leben.‘ Sie sei doch durch den Beneš-Staat systematisch unterdrückt und in ein Nischendasein verbannt worden. Den historischen Überblick hält der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete gleich an mehreren Stellen für zweifelhaft. Von einer militärischen Besetzung der sudetendeutschen Gebiete im Jahre 1918 und dem starken Widerstand der Sudetendeutschen gegen diese „Eingliederung“ in den neuen Staat Tschecho-Slowakei sei überhaupt nicht

die Rede. Im Gegensatz dazu werde bezüglich der Regelung von 1938 von „Annexion“ gesprochen. Die Vertreibung 1945/1946 werde zwar erwähnt, jedoch fehlten Hinweise auf die dabei verübten Massenverbrechen und die Enteignungen, was zum Beispiel im Kapitel über die Karpatendeutschen in der Slowakei durchaus benannt werde. Rüdiger Goldmans Resümee: „Man sollte Texte sorgfältiger verfassen, Beschönigungen und Geschichtsklitterungen meiden.“ Und er stellte zu Recht die Frage: „Gab es keine sudetendeutschen Einrichtungen, die man zu Rate ziehen konnte?“

Steinbach und Klaus werben für die AfD

Die wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Flüchtlingspolitik aus der CDU ausgetretene ehemalige Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach (Bild), wird im Bundestagswahlkampf die Alternative für Deutschland (AfD) unterstützen und auf einer Veranstaltung mit dem AfD-Vizevorsitzenden Alexander Gauland auftreten. Einen Beitritt zur

AfD hat die Trägerin des Karlspreises der Sudetendeutschen Landsmannschaft bisher allerdings ausgeschlossen. Aber, so sagte sie, als sie Anfang des Jahres die CDU verließ: „Ich bin überzeugt davon, dass die AfD in den Deutschen Bundestag einziehen muss, damit es wieder eine wirkliche Opposition gibt.“ Steinbach und Gauland kennen sich seit ihren Anfängen in der hessischen CDU. Die heute parteilose Bundestagsabgeordnete begann ihre politische Karriere in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung. Gauland war ein enger Mitarbeiter des damaligen Oberbürgermeisters Walter Wallmann (CDU). Als dieser Ministerpräsident wurde, rückte er zum Staatssekretär und Leiter der Staatskanzlei in Wiesbaden auf. Heute ist er - neben Alice Weidel - Spitzenkandidat der AfD für die Wahl zum Deutschen Bundestag. Für die AfD wirbt auch der ehemalige tschechische Staatspräsident und prominente EU-Kritiker Vaclav Klaus.



„Symbolische“ Entschädigung für Zwangsarbeit

Die Entschädigung ehemaliger ziviler deutscher Zwangsarbeiter, für die im Bundeshaushalt 50 Millionen Euro bereitgestellt wurden, kommt voran. Bis zum Ende des ersten Quartals 2017 waren beim zuständigen Bundesverwaltungsamt im westfälischen Hamm rund 21.000 Anträge auf eine einmalige Anerkennungsleistung in Höhe von 2.500 Euro eingegangen. Seit 1. August vergangenen Jahres läuft die Bearbeitung. Die Frist für die Anträge endet am 31. Dezember 2017 (siehe „Sudetentpost“ Folge 1/2017). Mehr als 3.000 Fälle sind inzwischen entschieden, davon rund 2.000 positiv.

Nach Herkunftsgebieten aufgeschlüsselt: Die meisten Antragsteller kommen aus den Nachfolgestaaten der

Sowjetunion (14.500), etwa 3.500 aus Rumänien, rund 1.500 aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten oder aus Polen, 650 aus der ehemaligen Tschechoslowakei. 96 Prozent von ihnen leben heute in Deutschland, 90 Prozent sind 80 Jahre oder älter. Mit 63 zu 37 Prozent überwiegen die weiblichen Antragsteller deutlich.

Am 7. Juli vergangenen Jahres hatte das Bundesinnenministerium in Berlin eine Richtlinie für das Prozedere der „symbolischen“ Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter herausgegeben, ein Erfolg, der vor allem dem Bund der Vertriebenen (BdV) zu verdanken ist. Ein Rechtsanspruch auf die Anerkennungsleistung besteht nicht, sie wird „freiwillig“ gezahlt.

Aus der Redaktion

Zweierlei Maß

Von Gernot Facius

Mit Miloš Zeman in einer politisch-moralischen Frage übereinzustimmen, dafür gab es für die „Sudetentpost“ bislang keinen Anlass. In diesem Fall ist das ein wenig anders. Zeman hatte dem tschechischen Parlament geraten, sich am Deutschen Bundestag zu orientieren und die Massaker an den Armeniern im damaligen Osmanischen Reich als Völkermord zu bezeichnen; ähnlich hatte sich der österreichische Nationalrat positioniert. Zudem subsumierte der Staatspräsident in einem Brief an den armenischen Geistlichen Barsegh Pila-vchyan die Vorgänge von 1915 bis 1917 unter die „schlimmsten Grausamkeiten, denen die Menschheit in moderner Zeit fähig war“. Das Abgeordnetenhaus in Prag folgte Ende April seiner Empfehlung. Es verurteilte den Genozid an den Armeniern „und weiteren Nationalitäten- und Religionsgruppen auf dem Gebiet des Osmanischen Reiches in der Zeit des Ersten Weltkrieges“. Zeman und die Parlamentarier traf daraufhin der Zorn der türkischen Regierung. Ankara intervenierte beim tschechischen Botschafter. Prag zeigte sich von den türkischen Protesten allerdings uneindrückt, es hatte sich ja nicht anders verhalten als andere europäische Regierungen und Parlamente, ergo kann es auf einer Welle der Übereinstimmung schwimmen.

Das ist die eine Seite der tschechischen Willensbekundung. Die andere: Mit ihrer Festlegung in der Armenier-Frage können die politisch Verantwortlichen an der Moldau, in erster Linie der Präsident, freilich noch nicht vom Vorwurf freigesprochen werden, mit zweierlei Maß zu messen. „Die Sudetendeutschen“, bemerkte darum SLÖ-Obmann Gerhard Zeihsel, „würden sich eine der-

artige Aussage von Zeman auch zu dem schmutzigen Dutzend der Beneš-Dekrete wünschen.“ Doch von einer entschiedenen Verurteilung der völkerrechtswidrigen Vertreibung der Deutschen ist in Tschechien nichts zu sehen oder zu hören. Vergleichbares gilt für Polen. In diesen Staaten herrscht noch immer ein, man möchte sagen: dröhnendes Schweigen. Dabei ist das, was Armeniern und Ost- und Sudetendeutschen widerfahren ist, in der Dimension und Grausamkeit völlig vergleichbar, wie der Publizist Konrad Badenheuer jüngst in einem Vortrag analysiert hat. Rein zahlenmäßig, rechnete er vor, war die Vertreibung der Deutschen sogar schlimmer. Die Zahl der entwurzelten Armenier und Angehörigen anderer christlicher Volksgruppen lag wohl zwischen eineinhalb und zwei Millionen Menschen... Im Falle der Deutschen wurden rund 14 Millionen Menschen entwurzelt.“ Und Abertausende kamen um, in beiden Fällen. Viele auf bestialische Weise, viele wurden in tschechischen Konzentrationslagern gequält. Hier ist vor allem die deutsche Politik gefordert, über Gedenkreden hinaus eine „Aufarbeitung“ des Vertreibungsunrechts voranzutreiben. Immerhin hat die aktuelle Diskussion ihr Gutes. Die Wortmeldungen europäischer Parlamente signalisieren, dass ein Ereignis wie der Genozid an den Armeniern, das mehr als ein Jahrhundert zurückliegt, noch nicht aus dem kollektiven Gedächtnis gelöscht und somit auch nicht verjährt ist. Die Frage ist nur zu berechtigt: Wie könnte dann das jüngere und größere Ereignis verjährt oder politisch erledigt sein? Ihr müsste sich ehrlicher Weise auch Miloš Zeman stellen.

Seehofer und das lange Warten auf die schnellen Züge

Die Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs bleibt ein Dauerthema

Wieder einmal hat der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) bei einem Besuch in Prag seinen großen Wunsch offenbart: dass er einmal mit einem Schnellzug von München in die tschechische Hauptstadt reisen kann. Ihm ist die lange Fahrt in die Moldau-Metropole ein Graus. Um dem Übel abzuwehren ist der „Schirmherr“ der sudetendeutschen Volksgruppe auch bereit, milde Töne gegenüber Prag anzuschlagen und auf alte Kernforderungen der Vertriebenen zu verzichten. Dennoch wird er wohl noch längere Zeit warten müssen bis ein Fortschritt im Schienenverkehr in Sicht ist. Ob Seehofer dann noch im Amt sein wird? Wohl kaum. Zwar ist eine moderne Bahnstrecke Prag-München bereits in den Planungen enthalten, doch vor der Realisierung eines schnellen transeuropäischen Eisenbahnnetzes unter Einschluss der Tschechischen Republik müssen noch etliche technische und bürokratische Hürden überwunden werden - auf allen Seiten. Und das zieht sich hin. Das „Vollgas-Geben“, von dem seit Jahren in den politischen Statements vor allem der bayerischen Staatsregierung geträumt wird, ist vorerst eher Fiktion. Gleichwohl hat SL-Sprecher Bernd Posselt bei den 43. Paneuropa-Tagen im pfälzischen Neustadt an der Weinstraße die Erweiterung des Schnellbahnnetzes von Paris über Straßburg nach Deutschland in Richtung Warschau, Prag, Budapest und Zagreb zu einer dringlichen europäischen Aufgabe erklärt - neben einer Verteidigungsunion, einer Eu-



„Vollgas“ auf der Bahnstrecke Prag-München wird es für Horst Seehofer so schnell nicht geben. Foto: Martin Rulsch CC-BY-SA 4.0

ropäischen Armee für internationale Friedensmissionen und einer gemeinsamen Südosteuropa-Politik.

Horst Seehofer war jüngst mit der gesamten CSU-Landtagsfraktion an die Moldau gereist, um mit Premier Bohuslav Sobotka über das Dauerthema der Verbesserung der grenzüberschreitenden Bahnverbindungen zu sprechen. Die Mission der Bayern (der stellvertretende SL-Bundesvorsitzende Steffen Hörbler durfte die Delegation begleiten) fiel zufällig mit der jüngsten Krise in Sobotkas fragilen Kabinett der Mitte zusammen; vermutlich hatte der tschechische Regierungschef just zu dieser Zeit anderes im Sinn als eine intensive Debatte über die Einbe-

ziehung seines Landes in die schnellen transeuropäischen Eisenbahnnetze. Dabei ist dieses Thema für beide Seiten von ökonomischer Bedeutung. Bayern ist für das Nachbarland der wichtigste Handelspartner in Europa. Es ist kaum zu fassen: Züge von Prag über Dresden nach Berlin brauchen mehr als viereinhalb Stunden. Dagegen ist die etwa gleich lange Strecke von Berlin nach Hamburg mit dem ICE in nur eineinhalb Stunden zu bewältigen. Für die Misere der Bahnverbindungen zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland haben Verkehrsfachleute, darauf wies der Berichterstatter der „Sudetendeutschen Zeitung“ hin, den neuen Begriff „Peripheralität“ geprägt. Im Klartext: Die Peripherie Europas findet sich schon in der Mitte des Kontinents. Gen Osten werden die Züge immer langsamer.

Die Planungen sehen eine neue Bahnstrecke von Böhmen nach Sachsen vor, mit einem langen Tunnel durch das Erzgebirge. Man erhofft sich eine Verkürzung der Fahrtzeit von Dresden nach Prag auf zirka eine Stunde, derzeit brauchen die Züge mehr als zwei Stunden. Ein insgesamt kostenintensives Projekt. Nach einigermaßen realistischen Prognosen ist die Freigabe einer solchen Hochgeschwindigkeitsstrecke nicht vor dem Jahr 2027 zu erwarten. Kalkuliert man die Schwierigkeiten ein, die mit anderen derartigen Vorhaben in Europa verbunden waren oder sind, muss man wahrscheinlich das Jahr 2032 als Eröffnungstermin ansetzen. (fac)

Euro-Einführung: Sobotka will Termin



Premier Bohuslav Sobotka hat sich dafür ausgesprochen, einen Termin für die Einführung des Euro in Tschechien festzulegen. Als Grund nannte der Sozialdemokrat, dass sich nach den Wahlen in Deutschland und Frankreich der Integrationsprozess in der Euro-Zone beschleunigen könnte. Tschechien dürfe sich dann nicht an der Peripherie der EU bewegen, mahnte Sobotka in einer Rede beim Handelskammertag in Prag. Die Frage laute daher nicht, ob, sondern wann die Tschechische Republik die gemeinsame europäische Währung einführt. Laut dem Premier muss diese Debatte unmittelbar nach den Parlamentswahlen im Oktober gestartet werden. Foto: David Sedlecký CC-BY-SA 4.0

Präsidentenwahl: Noch ein Kandidat?

Die Sozialdemokraten erwägen, einen eigenen Kandidaten für die Präsidentenwahl aufzustellen. Unter den bisherigen Bewerbern gebe es keinen geeigneten linksgerichteten Kandidaten, begründete Premier Bohuslav Sobotka. Amtsinhaber Miloš Zeman habe mit seinem Verhalten in der Regierungskrise viele Sympathien bei den Sozialdemokraten verspielt, so Partei- und Regierungschef Sobotka. Zudem drohe ein Machtbündnis Zemans mit einem möglichen Premier Andrej Babiš, dem Chef der Partei Ano. Zeman hat bereits kundgetan, dass er für weitere fünf Jahre kandidieren will. Die Präsidentenwahl findet Anfang 2018 statt. Zum zweiten Mal wird das tschechische Staatsoberhaupt dabei direkt vom Volk bestimmt

Asahi übernimmt Pilsner Urquell

Pilsen - Die Übernahme der tschechischen Traditionsbrauerei Pilsner Urquell ist abgeschlossen. Der japanische Braukonzern Asahi hat rund 7,3 Mrd. Euro für Marken aus Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn und Rumänien aus dem SAB-Miller-Portfolio hingelegt. Im Jahr 2015 wurden insgesamt mehr als zwei Mio. Hektoliter Pilsner Urquell verkauft, die weiteren Marken wie Gambrinus, Kozel und Birell steuerten die vierfache Hektoliter-Menge bei.

Quelle: Wiener Wirtschaft, 7. April 2017, Seite 3

Türkei kritisiert Anerkennung des Völkermords an den Armeniern durch Tschechien

Das türkische Außenministerium hat die Resolution des tschechischen Parlaments verurteilt, in der die im Osmanischen Reich an Armeniern verübten Massaker als Völkermord anerkannt werden. Das tschechische Abgeordnetenhaus hat am 25. Mai in einer Resolution den Genozid an den Armeniern genauso wie die NS-Verbrechen verurteilt, die an der jüdischen, slawischen und der Roma-Bevölkerung begangen wurden. Das türkische Außenministerium zeigte sich zudem enttäuscht von einem Brief des tschechischen Staatspräsidenten, Miloš Zeman, an den armenischen Geistlichen Barsegh Pilavchyan. Zeman bezeichnete den Völkermord an den Armeniern darin als eine der „schlimmsten Grausamkeiten, deren die Menschheit in moderner Zeit Zeuge war“.

„Die Sudetendeutschen würden sich eine derartige Aussage von Präsident Zeman auch zu dem schmutzigen

Dutzend der Beneš-Dekrete wünschen“, so deren SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihel dazu.



Foto eines anonymen deutschen Reisenden: Armenier werden im April 1915 von osmanischen Soldaten aus Kharpert in ein Gefangenenlager im nahen Mezireh geführt. Politisches Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes, Bestand: Konstantinopel 169)

Karlspreis für einen „kämpferischer Europäer“ Die SL würdigt den hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU)

Der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) ist von der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit ihrem Europäischen Karlspreis ausgezeichnet worden. SL-Sprecher Bernd Posselt (CSU) würdigte den Wiesbadener Regierungschef als „kämpferischen Europäer, Brückenbauer zwischen den Völkern und engagierten Freund der deutschen Heimatvertriebenen“. Der Geehrte hat sich stets dazu bekannt, dass das Schicksal Flucht und Vertreibung nicht nur eine Angelegenheit der Betroffenen sei, sondern etwas, „das die ganze Nation betrifft“. Der Jurist, Sohn einer Donauschwäbin, aufgewachsen und politisch sozialisiert im mittelhessischen Gießen, steht einem schwarz-grünen Kabinett vor. Sein Stellvertreter ist seit 2014 der Grünen-Politiker Tarek Al-Wazir, dessen Mutter Karlsbader Wurzeln hat. Noch unter der Vorgängerregierung aus CDU und FDP, in der Bouffier Innenminister war, hat Hessen einen landesweiten Gedenktag an Flucht, Vertreibung und Deportation eingeführt, um „ein sichtbares Zeichen gegen das Vergessen“ zu setzen. Hessen war 1999 das



erste Bundesland, das einen eigenen Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler berufen hat. Mehr als eine Million Vertriebene haben in den Nachkriegsjahren in dem relativ jungen, von der US-Besatzungsmacht aus drei verschiedenen Landes-

teilen zusammengesetzten Bundesland eine, wie man heute sagt, „neue Heimat“ gefunden. Dabei gerät nur allzu leicht in Vergessenheit, dass Sudetendeutsche einen bedeutenden Anteil am wirtschaftlichen und politischen Erfolg hatten. Die Weichen wurden, unter anderem mit dem Großen Hesseplan, von einer Koalition aus SPD und BHE unter Ministerpräsident Georg-August Zinn (SPD) gestellt, die bis zur Landtagswahl Ende 1966 hielt; die CDU war jahrzehntelang Oppositionspartei. Gustav Hacker (BHE), aus Lubau bei Podersam stammend, letzter Vorsitzender der Partei Bund der Landwirte, die er auch im Prager Parlament vertrat, leitete in Wiesbaden das Ministerium für Landwirtschaft und Forsten. Hacker, den die Internet-Enzyklopädie Wikipedia bis heute als „tschechisch-deutschen Landwirt österreichischer Abstammung“ (!) apostrophiert, leistete Entscheidendes für die wirtschaftliche Eingliederung des vertriebenen Landvolks. Sein Landsmann und Parteifreund Gotthard Franke aus Weidenau war Wirtschafts- und Verkehrsminister. Franke schloss sich

später der damals noch nationalliberal gefärbten hessischen FDP an. Staatssekretär im Innenressort war viele Jahre Dr. Walter Preißler, von 1980 bis 1989 Vorsitzender des Bundes der Egerländer. Preißler ging nach dem politischen Aus für den BHE zur CDU, Einschließlich Volker Bouffier kommen inzwischen sechs Träger des Karlspreises der SL aus Hessen: Wenzel Jaksch, letzter Vorsitzender der sudetendeutschen Sozialdemokraten, Weihbischof Gerhard Pieschl, Roland Koch (Vorgänger von Bouffier als Ministerpräsident), Erika Steinbach, als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die Initiatorin und Ideengeberin des Zentrums gegen Vertreibungen (ZgV), und Milan Horacek, der seine politische Laufbahn, die ihn bis ins EU-Parlament führte, bei den Grünen in Frankfurt am Main begann. Die Auszeichnung dient seit 1958 zur Erinnerung an Karl IV von Luxemburg, Römischer Kaiser, Deutscher König und König von Böhmen, den „Ordner Mitteleuropas“, wie es in der Stiftungsurkunde heißt.

Foto: www.volker-bouffier.de

Prof. Dietmar Grieser erhält den Sudetendeutschen Kulturpreis 2017 in der Kategorie Literatur und Publizistik

Der vielfach ausgezeichnete österreichische Schriftsteller Dietmar Grieser hat mit seinem Buch „Die böhmische Großmutter“ (Untertitel: „Reisen in ein fernes nahes Land“), das 2005 als Bestseller startete und alsbald zum Longseller aufstieg, einen herausragenden und bleibenden Beitrag zur Würdigung und Pflege der deutschen Kultur im böhmisch-mährischen Raum vor 1945 geleistet.

Mit Akribie und Empathie stellt Grieser in der ihm eigenen leserfreundlich-unterhaltsamen Erzählweise die großen, zum Teil aber auch weniger bekannten Persönlichkeiten der sudetendeutschen Kulturszene vor, indem er an deren jeweiligen Herkunftsorten Leben, Werk und Nachwirken erforscht und über seine Funde aus heutiger Sicht berichtet.

Er spürt Sigmund Freud in Freiberg nach, Gregor Mendel in Brünn, Gustav Mahler in Iglau, Egon Schiele in Krummau, Adalbert Stifter in Oberplan. Franz Schuberts Wurzeln führen den Autor in den Raum Mährisch Schönberg, in Leitmeritz stößt er auf Alfred Kubin, in Prag auf Franz Werfel und im heutigen Hotzenplotz/Osoblaha auf Otfried Preußler und seinen „Räuber Hotzenplotz“. Bruno Kreisky entstammte ebenso einem deutschböhmischen Haus wie Karl Kraus; der Arzt Vinzenz Priebnitz und der Weltklassesänger Leo Slezak waren Nordmährer. Wir besuchen mit Dietmar Grieser das

k.u.k. Hofgestüt Kladrub, wohnen in Olmütz Kaiser Franz Josephs Thronbesteigung und in Reichstadt der Hochzeit des Thronfolgers Franz Ferdinand bei, erleben in Marienbad Goethes letzte Liebe und stehen in Karlsbad am Grab des Mozart-Sohnes Franz Xaver Wolfgang. Auch in anderen seiner insgesamt 46 Bücher, die vorwiegend in den für die Anliegen der Sudetendeutschen traditionell aufgeschlossenen Verlagen Amalthea und LangenMüller erschienen sind, beschwört Grieser den Genius loci einer schmerzlich verlorengegangenen Heimat - so etwa in „Der Onkel aus Preßburg“, „Stifters Rosenhaus und Kafkas Schloß“, „Geliebtes Geschöpf“ (u.a. Marie von Ebner-Eschenbachs Novelle „Krambambuli“) sowie „Wege, die man nicht vergißt“ (wo der Autor auch auf seine eigene Kindheit in Leobschütz und auf seine Flucht im April 1945 zu sprechen kommt). Zusätzliche Verbreitung fanden Dietmar Griesers sudetendeutsche Themen durch Übersetzungen seiner Bücher ins Tschechische und Slowakische, durch seine Auftritte in Radio und Fernsehen sowie durch zahlreiche Lesungen und Vorträge im In- und Ausland (denen die Neue Osnabrücker Zeitung „professionelles Literatur-Entertainment“ bescheinigt).

Dietmar Grieser ist in unseren Augen ein hervorragender Preisträger für den Sudetendeutschen Kulturpreis in der Kategorie Literatur und Publizistik!

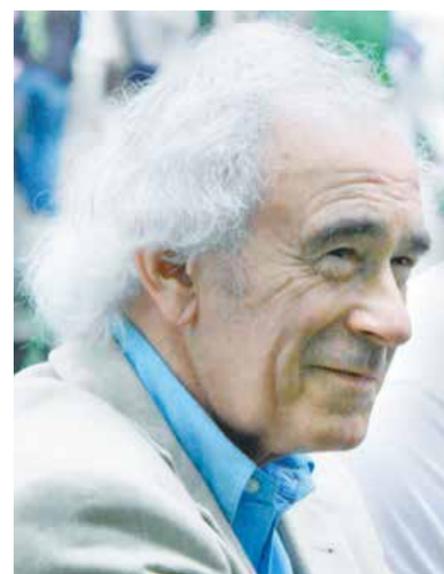
Vita Dietmar Grieser

1934 Am 9. März als jüngstes von drei Kindern des Studienrats Dr. Emil Grieser und seiner Ehefrau Elisabeth; geb. Pollozek; in Hannover geboren
1937 Übersiedlung der Familie in die Heimat der Mutter: Leobschütz, am Ostrand der Sudeten

1945 Flucht in den Westen

1946 Übersiedlung nach Zweibrücken (Pfalz). 1952 Abitur am Naturwissenschaftlichen Gymnasium, Praktikum in der Metallindustrie und Volontariat in der Lokalpresse

1953 Studium der Publizistik und Sozialwissenschaft an den Universitäten Münster und München, das 1957 mit dem Diplom in Sozialwissenschaft abgeschlossen wird. Während



der Hochschuljahre Gasthörer an der Deutschen Journalistenschule München sowie ständiger Mitarbeiter der Studentenpresse

1957 Übersiedlung nach Wien. Eintritt in die Redaktion der Wochenzeitung „Samstag“ sowie Beginn der Korrespondententätigkeit für Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland.

1973 Mit dem Erscheinen des Buches „Von Schloß Gripsholm zum River Kwai / Literarische Lokaltermine“ (Verlag S. Fischer) Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit (Sparte literarische Reportage/ Kulturhistorischer Essay). Daneben Fernsehfilme und Radioreihen, umfangreiche Vortragstätigkeit im In- und Ausland.

1974 Aufnahme in den PEN-Club.
2004 Erwerb des literarischen Vorlasses durch die Österreichische Nationalbibliothek. Mehrere Preise und Auszeichnungen, darunter der Eichendorff-Literaturpreis

2005 Erscheinen des Buches „Die böhmische Großmutter / Reisen in ein fernes nahes Land“ (Amalthea Verlag), dem weitere vielbeachtete Werke folgen. Auch dort finden regelmäßig sudetendeutsche Themen Platz.

2008 An der Universität Warschau Dissertation von Waldemar Jagodziński über Leben und Werk Dietmar Griesers (in Buchform erschienen im Neisse-Verlag, Breslau/Dresden)

Niedergang des Sudetenlandes geht weiter

Das tschechische, wöchentlich erscheinende Wirtschaftsmagazin **Ekonom** veröffentlichte am 27. April 2017 einen bemerkenswerten Artikel unter dem Titel „Niedergang des Sudetenlandes geht weiter“. Neben einer großformatigen, sich auf zwei Seiten erstreckenden Landkarte der ehemaligen sudeten-deutschen Gebiete sowie vielen anderen Diagrammen bemerkt der Hauptautor David Klimeš, dass diese Karte in gewisser Hinsicht auch heute noch ganz aktuell sei – nun aber zeige die Grenzlinie im Gegensatz zu früher keine Sprachgrenze mehr, sondern verdeutliche ganz andere regionale statistisch meßbare Unterschiede. Im folgenden wird – leicht abgekürzt in zwei Teilen – der Inhalt dieses tschechischen Artikels auf deutsch wiedergegeben.

Die Ergebnisse des Projektes „Landkarte der Pfändungen“ brachten zuletzt ein bemerkenswertes Bild zutage – eine Linie, die sich durch das Gebiet der Tschechischen Republik zieht. Im ganzen Land steht ein knappes Zehntel der Gesamtbevölkerung in der Pfändung. Sieht man bei den ermittelten Daten allerdings etwas genauer auf die regionalen Unterschiede hin, so ist bald eine interessante Tendenz erkennbar. Regionen mit höherer Pfändungsrate unter der Bevölkerung bilden nämlich heterogene Zonen und ergeben auf der Landkarte scheinbar geschlossene Gebiete. Würde man diese von den anderen Regionen geographisch abgrenzen und eine Linie dazwischen einzeichnen, so würde die Grenzziehung frappant an die bekannten Grenzen der ehemaligen vier deutschen Provinzen erinnern. Auch heute leben auf diesem Gebiet Menschen, denen die Republik offensichtlich keine Perspektive bieten kann. Es sind aber diesmal keine Deutschen mehr. Es handelt sich hierbei um Menschen, auf denen verschiedenste soziale und wirtschaftliche Probleme lasten. Zum Vergleich: während die „Sudetenkreise“ Aussig und Karlsbad einen mehr als 15%-Anteil der verpfändeten Haushalte aufweisen, werden von diesen Problemen etwa im Böhmischem Mährischen Hochland oder im Kreis Zlin nicht einmal sechs Prozent der Bevölkerung geplagt.

Das Wirtschaftsmagazin **Ekonom** nahm auch andere Statistiken unter die Lupe und kam zu der Feststellung, daß die durch ihre konfliktbeladene Geschichte bekannt gewordene Grenzlinie heutzutage auch für Probleme anderer Natur stellvertretend herangezogen werden kann. Ministerpräsident Bohuslav Sobotka versucht dennoch einen historischen Zusammenhang zu relativieren. Man könne zwar einerseits nicht mehr so tun, als ob die wirtschaftliche Prosperität der Tschechischen Republik genauso auch das Grenzland sozusagen nach oben ziehen würde. „Die strukturell benachteiligten Kreise verfügten seit Anfang der neunziger Jahre einigermaßen über schlechtere Ausgangssituation“, sagt er. Andererseits: in einem System, das die Reichen immer reicher werden läßt und das für die Ärmern bestenfalls nur Nullwachstum übrig habe, sei es geradezu zwangsläufig gewesen, wenn die reicheren Regionen den ärmeren quasi davon gerannt

sind. Deshalb habe sich die Regierung nach vielen Jahren des Hinwagschauens entschlossen, eine neue Strategie der Wirtschaftshilfe für die durch die strukturelle Benachteiligung betroffenen Regionen zu entwickeln. Aber: kann das wirklich etwas bringen? Boris Rudý zeigt mit seiner Hand auf ein heruntergekommenes Haus im Aussiger Stadtteil Predlitz, wo man sogar draußen von der Straße in einige Zimmer der Ruine hineinschauen kann. „Die Hausecke ist vergangenes Monat einfach heruntergestürzt. Man kann von Glück sprechen, daß kein Mensch dabei zu Schaden kam. Gleich daneben befindet sich ein Kindergarten“, sagt er. Predlitz war einst eine kleine deutsche Vorzeigestadt in unmittelbarer Nachbarschaft von Aussig, einem der industriellen Zentren des Sudetenlandes. Heute ist es ein Ghetto und der oben zitierte

tausend Einwohnern – ein Nachbarort von Predlitz. Hier sind 35 Prozent der Bevölkerung von der Pfändung betroffen. Aktuelle Zahlen sprechen von mehr als 165 Millionen Kronen (umgerechnet etwa 6,2 Millionen Euro). So hoch wird die gesamte Pfändungssumme allein in Türmitz beziffert. In Predlitz dürfte diese Zahl vermutlich viel höher sein.

Wie ist es aber möglich, daß es im einst reichen Industriezentrum des Sudetenlandes heute solche Probleme gibt? Am Beispiel der einst wirtschaftlich starken Stadt Aussig wird veranschaulicht, wie im Stadtteil Predlitz vor der „Aussiedlung“ (O-Ton **Ekonom**) das wirtschaftliche Leben regelrecht blühte. Der Seifenproduzent Johann Schicht wird hier stellvertretend als besonders erfolgreicher Unternehmer dieser Blütezeit genannt. **Ekonom** schreibt im Wortlaut: „Nach der Hinneigung der Deutschen zur Sudetendeutschen Partei in den 30er Jahren [sic!] und der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach 1945 konnte die Stadt allerdings nicht mehr an diesen Kurs anschließen.“ Der Predlitzer Immobilien-Unternehmer Rudý meint hierzu: „Zuerst haben es hier die Kommunisten zerstört. Und dann die Stadtregierungen der Wendezeit nach November 1989, die nicht ge-

te. Nach der Wende zum Kapitalismus versiegte diese Geldquelle völlig. Es blieben unterdurchschnittlich gebildete Arbeitskräfte über, die für Tätigkeiten qualifiziert waren, welche nicht mehr gebraucht wurden.“

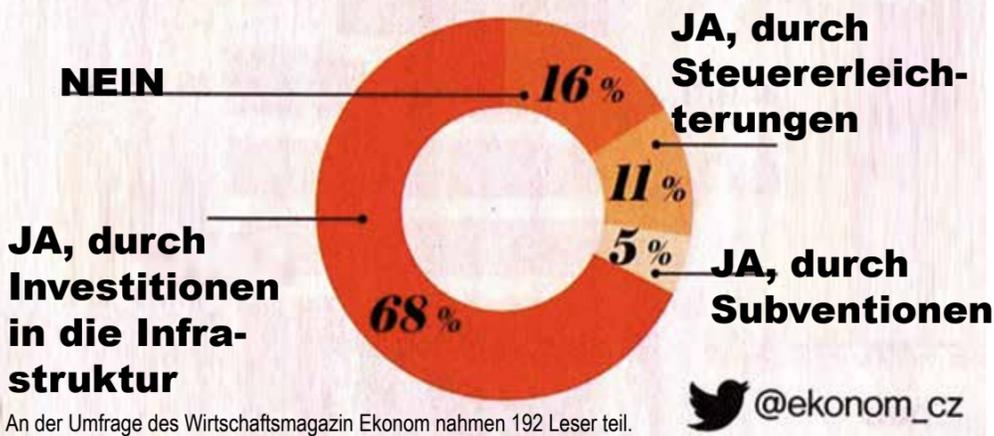
Unmittelbar nach 1989 war man generell der Überzeugung, die Grenzgebiete würden sich in der kapitalistischen Ära ihren Weg zur Prosperität schon irgendwie von sich selbst bahnen, sei es durch die freie Marktwirtschaft oder die offenen Grenzen. Dies traf in einigen Fällen tatsächlich auch zu, in den meisten Fällen wurde man jedoch eines Besseren belehrt. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen dem Grenzland und dem Binnenland wurden mit der Zeit nicht geringer, sondern eben noch größer. Gut ersichtlich ist es an der Entwicklung der Kaufkraft. Laut GfK Czech können sich Tschechen zur Zeit über die höchsten „disponibaren Einnahmen“ des letzten Jahrzehnts erfreuen. Gleichzeitig zeigt die Entwicklung aber deutlich, daß dies eher nur auf die Menschen im Binnenland zutrifft im Gegensatz zur Bevölkerung, die nun im ehemaligen Sudetenland lebt. Die Zahlen sprechen für sich: Prag liegt mit 30 % über dem Durchschnitt, während z. B. Freudenthal mit 18 % darunter liegt. Und ähnlich schlecht schneiden

die anderen ehemals sudeten-deutschen Bezirke ab: Freiwaldau, Tetschen-Bodenbach, Teplitz-Schönau oder Komotau. Obwohl einige Regionen in den letzten Jahren aufgeholt haben – wie beispielsweise das Gebiet rund um Pilsen oder etwa Mittelböhmen, kommen die „sudetischen“ Regionen nicht in den Genuß dieser Aufwärtsentwicklung. Und obendrauf heißt es, daß die hiesige Stagnation der Kaufkraft angesichts der Besserung in den reicheren Regionen gleichzeitig eine relative Verarmung bedeutet. Die

aktuelle tschechische Regierung spricht nun von einem Entschluss, den Kreisen Aussig, Mährisch-Schlesien und Karlsbad energisch unter die Arme greifen zu wollen.

Dieses im Jänner 2017 skizzierte Vorhaben beabsichtigt, die betroffenen drei Regionen wirtschaftlich zu beleben. Ministerpräsident Bohuslav Sobotka läßt die Verknüpfung mit den historischen Zusammenhängen jedoch nicht so gern gelten: „Mit Sicherheit lösen wir heutzutage nicht ausschließlich die historische Belastung des ehemaligen Sudetenlandes.“ Und er fügt hinzu, der Karlsbader Kreis habe beispielsweise innerhalb der letzten Jahre halbwegs gut aufholen können. Die Entwicklungspläne der Regierung sehen im konkreten die Umstellung bestimmter Industriezweige vor. Dies sollte vorrangig den Energiesektor und den Rückgang der Kohleabbaugebiete betreffen.

Sollte die Regierung die problematischen Regionen gezielt fördern?



tätowierte Mann, Rudý, erwirbt hier für niedrige Beträge heruntergekommene Häuser, saniert sie mit den eigenen Händen und vermietet sie alsdann an hiesige sozial schwache Schichten. In den benachbarten Straßen konzentrieren sich Arbeitslosigkeit, Geschäft mit der Armut und soziale Ausgrenzung. Wäre dieses Ghetto eine selbstständige Gemeinde, so müßte es zwangsläufig zum „Sieger“ des Projektes „Landkarte der Pfändungsraten“ werden. Predlitz wurde allerdings einst als Teil Aussigs eingemeindet und eben jenes wurde in der Statistik als ganze Stadt berücksichtigt. Aber auch so weist Aussig einen Wert von 20 % der Bevölkerung über 15 Jahre auf, die von Pfändungsverfahren betroffen sind – und das ist schon bedenklich. Zum unrühmlichen Sieger der einschlägigen statistischen Ermittlungen wurde dennoch Türmitz, ein Städtchen mit ungefähr zweieinhalb-

rade auf intelligente Weise Immobilien an Private verscherbelten.“

Die Geschichte von Aussig und dessen Schandfleck Predlitz kann als extremes Beispiel für das historische Problem des gesamten Sudetenlandes dienen. Der Historiker Matěj Spurný befaßt sich seit vielen Jahren mit diesem Thema: „Das Gebiet des ehemaligen Sudetenlandes durchlebte nach dem Zweiten Weltkrieg den dramatischsten demographischen Wandel in der tausendjährigen Geschichte der böhmischen Länder. Während der kurzen Zeit von nur zwei Jahren wurden hier drei Millionen Menschen ausgesiedelt und diese wurden dann großteils durch Neuansiedler ersetzt, die hier nicht beheimatet waren. Im späteren Sozialismus wurde ein Versuch unternommen, eine Lösung durch mächtige staatliche Investitionen herbeizuführen. Diese kamen oft Industriezweigen ohne Zukunft zugu-

Deutsche Rentner sind die ärmsten Rentner in der Tschechischen Republik

Mgr. Martin Dzingel, jüngst wiedergewählter Präsident der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik, bereicherte die diesjährige Landesversammlung der Landesgruppe Baden-Württemberg in der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit Einblicken in die aktuelle Situation der Deutschen in der Tschechischen Republik und gab Eindrücke seiner vielfältigen Arbeit zum Erhalt und der Weiterentwicklung der deutschen Kultur in den Herkunftsgebieten der Sudetendeutschen.

Dzingel ging mehrfach auf die nach wie vor geltenden Präsidialdekrete des Präsidenten Edvard Beneš ein, die unter anderem auch dafür sorgten, dass deutsche Rentner die ärmsten Rentner in der Tschechischen Republik wären. Er schilderte eindrücklich die Situation in seiner eigenen Familie, die die statistischen Zahlen mit persönlich Erlebtem untermauerte. Mit Erstaunen nahmen die Teilnehmer zur Kenntnis, dass der tschechoslowakische Staat den Deutschen, die nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der Tschechoslowakei bleiben mussten, Teile ihres Verdienstes als Wiedergutmachung abnahm. Auf Grund ihrer deutschen Nationalität wurden sie schon geringer entlohnt, nun führte dies auch zu einer zusätzlichen Reduzierung der Altersrente; dies sei auch statistisch belegt.

Aktuellen Schätzungen zufolge gebe es ca. 40.000 bis 50.000 Deutsche in der Tschechischen Republik. Diese Zahlen nannte er, obwohl bei der letzten Volkszählung wesentlich weniger Menschen eine deutsche Nationalität angegeben hatten. Man gehe aber davon aus, dass eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern keine Angaben machte.

Trotz der nach wie vor geltenden Dekrete meinte Dzingel jedoch, dass sich die Situation der Deutschen in Tschechien grundsätzlich gebessert habe. Seit kurzem gebe es eigene Rundfunksendungen, die es ermöglichen, die deutsche Sprache und die deutsche Kultur einem breiteren Publikum näher zu bringen. Wöchentlich werde nun berichtet. Positiv sei auch das Minderheitengesetz zu erwähnen, das viele Dinge ermögliche. Jedoch, so betonte Dzingel „wenn die Beneš-Dekrete nicht fallen, so haben auch wir keine Möglichkeiten.“

Ein Schwerpunktthema seiner Ausführungen beschäftigte sich mit Friedhöfen. Der Zustand der Friedhöfe mit deutschen Gräbern sei schlecht und viele seien aufgelassen worden. „Kreuze bleiben, wenn auch Gräber untergehen“, meinte er. Immer öfter gelänge es, zumindest das Wesen der Friedhöfe zu erhalten, wenn es auch Umwidmungen zu Parklandschaften geben würde. Dies sei ein Erfolg in der gemeinsamen Arbeit der in der Heimat verbliebenen und der vertriebenen Deutschen.

Auf die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 antworte man in die-



Mgr. Martin Dzingel im Rahmen seines Vortrages. (Foto: W. Illner)

sem Jahr mit einer Vielzahl von Veranstaltungen, die insbesondere als Deutsch-Tschechischer Kulturfrühling Aufmerksamkeit erzeugen würden. Kinder- und Jugendarbeit stehe dabei in Gablonz/Jablonec nad Nisou, Trautenau/Trutnov und im Hultschiner Ländchen/Hlučínsko im Vordergrund. Bei den deutsch-tschechischen Kulturfestivals in den Städten Reichenberg/Liberec und Troppau/Opava wird deutsche Kultur erlebbar. Dem Erhalt und der Weiterentwicklung deutscher Kultur in den Herkunftsländern der Sudetendeutschen widmen die deutschen Vereine sehr große Aufmerksamkeit. Besonders erfreut zeigte sich Martin Dzingel über den „Johnny-Klein-Journalistenpreis“, der im vergangenen Jahr erstmals vergeben wurde. Alle zwei Jahre soll dieser mit Unterstützung der Stadt Mährisch Schönberg/Šumperk

an Journalisten verliehen werden.

Ein gelungenes Beispiel, wie sich deutsche Kultur wieder ihren Platz erobert, sei die Wiederbelebung des Deutschen Fußballklubs in Prag/Praha. Der Verein sieht sich seinem berühmten Vorgängerclub DFC verpflichtet und widmet sich ganz besonders dem Nachwuchs. Dzingel betonte zusammenfassend noch einmal die herausragende Arbeit der deutschen Vereine in der Tschechischen Republik, die sich durch vielfältige Projekte in der Kulturarbeit und bei Sprachkursen, aber auch im sozialen Engagement auszeichnet. Seinem Vortrag schloss sich eine lebhafte Diskussion an. Das Publikum dankte für den aktuellen Einblick in das Leben der deutschen Minderheit und forderte gleiche Rechte für die Deutschen in der Tschechischen Republik.

Tschechien übernahm Vorsitz des Europäischen Rates

Die Tschechische Republik übernahm am Freitag, den 19. Mai 2017, nach mehr als zwanzig Jahren wieder den Vorsitz des Europarates. Diese europäische Institution wacht insbesondere über die Einhaltung der Menschenrechte. Prag will sich außerdem auf die Förderung der Demokratie und Bildung in den Mitgliedsstaaten konzentrieren. Sein zypriotischer Amtskollege

übergab dem tschechischen Außenminister Lubomír Zorálek (Sozialdemokraten) den Vorsitz im Ministerrat des Europarats, wobei dieser die Prioritäten vorstellte, die Anfang Mai von der tschechischen Regierung gebilligt wurden. Dazu zählen insbesondere der Einsatz für die Menschenrechte sowie die Sicherung demokratischer Grundsätze und rechtsstaatlicher Prinzipien. „Der Europarat befasst sich unter anderem mit der Lage in der Türkei, zum Beispiel mit dem letzten Referendum dort. Er beschäftigt sich mit der Ein-



Tagung in Nicosia (Quelle: ČTK)

haltung der Menschenrechte in der Ukraine, aber auch mit komplizierten Gerichtsällen etwa in Großbritannien.“ Am wichtigsten sei es zu gewährleisten, dass die Mitgliedsstaaten die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte respektierten, unterstrich Zorálek. Tschechien will auch darüber wachen, dass demokratische Prinzipien auf lokaler und regionaler Ebene stärker gefördert werden. Und das Wissen um die Menschenrechte und der Sprachunterricht sollen ausgeweitet werden: „Unsere Schwer-

punkte liegen im Rechtsschutz von benachteiligten und verletzlichen Gruppen und Personen. Die Gleichstellung von Mann und Frau ist ein weiterer Bereich. Außerdem wollen wir uns auf die Stärkung der rechtsstaatlichen Prinzipien konzentrieren. Das ist ein bedeutendes Thema nicht nur im Europarat, sondern weltweit. Überall wird diskutiert, wie gut die demokratischen Institutionen funktionieren und ob ihre Macht nicht beschnitten wird.“ An der Tagung in Nikosia nahmen Vertreter von 47 Staaten teil, die im Eu-

roparat vereinigt sind. Die Organisation wurde 1949 gegründet. Außenminister Lubomír Zorálek: „Der Europarat ist etwas anderes als die Europäische Union, obwohl die beiden Institutionen dieselbe Flagge und Hymne nutzen. Der Europarat verwendet diese Symbole allerdings länger als die EU. Er setzt sich auch seine eigenen Ziele, das ist vor allem der Einsatz für Menschenrechte. Dazu dient sein Organ, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.“ Schon die Tschechoslowakei trat 1991 dem Europarat bei, und nach ihrem Zerfall auch die beiden neuen selbständigen Staaten. 1995 saß Tschechien zum ersten Mal der Institution vor. Zum jetzigen Vorsitz gibt es auch ein begleitendes Programm. So wird sich Tschechien in den kommenden sechs Monaten mit Ausstellungen, Konzerten und weiteren Veranstaltungen in Straßburg präsentieren.

Der BdV auf der Suche nach „neuen Aufgaben“

Ortmann: „Wir sind keine Rechtsschutzorganisation für Vertriebene“

Das Thema geisterte seit den 1990er Jahren durch die politischen Zirkel in Bonn und Berlin: Soll der Bund der Vertriebenen (BdV) seinen alten Namen ablegen und sich mit einer neuen, unverdächtigen

B e -



zeichnung der Zukunft zuwenden? Vorstöße dieser Art, wie sie selbst von Verbandsgrößen ventiliert wurden, liefen damals krachend ins Leere. Aufgegeben wurden sie allerdings nicht. In einem Disput mit Lesern des Berliner „Tagesspiegel“ griff der CDU-Politiker Friedbert Pflüger, ein ehemaliger Redenschreiber des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, das Thema im November 2007 wieder auf: Der BdV, sein Rat, solle immer mehr zu einem Bund der Versöhnung werden. Pflüger war bekannt, dass Parteifreunde, auch aus Vertriebenekreisen, nach wie vor mit dem als antiquiert empfundenen Namen haderten. Zurückhaltung brauchte er sich deshalb nicht auferlegen.

Zehn Jahre später, 60 Jahre nach der Verbandsgründung, hat das Thema wieder Eingang in die Zeitungsspalten gefunden. Ausgerechnet durch den hessischen BdV-Vorsit-

zenden Siegbert Ortmann (CDU), der auch einer der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SL ist. Der Vize von Bernd Posselt wurde von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, die ihrem Beitrag über den Verbandstag des BdV Hessen den polemischen Titel „Der Bund der Aussterbenden“ gab, mit der Bemerkung zitiert, dass er „nochmals“ den Versuch einer Namensänderung unternehmen wolle, ohne gleich die Richtung anzudeuten. Zur Erinnerung: Unter der Präsidentschaft von Erika Steinbach war ein entsprechender Vorstoß scharf zurückgewiesen worden. Steinbachs Nachfolger Dr. Bernd Fabritius hingegen ließ vorsichtig Sympathien für eine Umbenennung erkennen. Im August 2015 sagte er auf eine entsprechende Frage des „Spiegel“, der Name treffe die Situation „tatsächlich nicht mehr umfassend.“ Die Vertreibung sei früher eine „wesentliche Klammer“ für den Verband gewesen. „Heute ist sie das nicht mehr. Wir haben mehr Aufgaben.“ Als direkte Empfehlung, einen anderen Namen zu suchen, wollte er seine Aussage aber

Siegbert Ortmann: „Wenn sich der Verband nicht öffnet, wird er irgendwann aufhören zu existieren.“

dann doch nicht verstanden wissen, nachdem es intern Kritik hagelte.

Zurück zu Ortmann. Der Rechtsanwalt und ehemalige hessische CDU-Landtagsabgeordnete hat, wie er sagt, das Thema Entschädigung für die Vertreibungsverluste, über Jahrzehnte eine Kernforderung von BdV und SL, längst abgehakt. „Wir sind keine Rechtsschutzorganisation für Vertriebene“, ließ er einen Briefschreiber kühl abblitzen. Der Mann hatte angefragt, ob der BdV ihn in einer Restitutionsangelegenheit unterstützen könne. Ortmann, 1940 in Wiesengrund (Kreis Mies) geboren, träumt von „neuen Aufgaben“. Er möchte den BdV künftig als „Brückenbauer und Kulturwahrer“ verstanden wissen.

Darin stimmt er mit BdV-Vizepräsident Christian Knauer überein, der dem Verband empfiehlt: „Brauchtum pflegen und Brücken schlagen in die alte Heimat!“ Ortmann: „Wenn sich der Verband nicht öffnet, wird er irgendwann aufhören zu existieren.“ Gefragt, ob der BdV eine Landsmannschaft vertriebener Syrier aufnehmen würde, gab er - Zitat aus der FAZ - zur Antwort: „Warum denn nicht? Religion spielt für mich keine Rolle.“ (fac)

Der Untergang der deutschen Regierung in Troppau – ein Zeitzeugenbericht

Da ich nun schon ein nicht mehr nennenswertes Alter habe und vermutlich eine letzte übriggebliebene aus der Erlebnisgeneration bin, berichte ich Nachfolgendes über die Regierung in der Stadt Troppau:

Troppau war einst die Hauptstadt von Mährisch-Schlesien, der Teil Schlesiens, den nach der Eroberung Schlesiens durch Friedrich dem Großen (1743) die Österreicherin Maria-Theresia behalten durfte. Als nach dem 1. Weltkrieg die Tschechei gegründet wurde, fiel auch das deutsche Mährisch-Schlesien an die Tschechen. Ab 1938 – nun wieder deutsch – hieß es Ostsudetenland.

Troppau war die Regierungsstadt von Mährisch-Schlesien, zu der 16 Kreisstädte gehörten. Seit 1939 war Horst Edler von der Planitz Regierungspräsident und mein Vater, Dr.jur. Wilhelm Thiel, leitender Regierungsdirektor an der dortigen Regierung.

Als bereits 1944 von vorausschauenden Menschen der Untergang Deutschlands befürchtet wurde, beging Herr von der Planitz mit seiner Familie Selbstmord. Mein Vater wurde als Leiter der Regierung eingesetzt.

Silvester 1944/45 verlebten wir bei der Verwandtschaft in Ratibor in Oberschlesien. Doch die Erwachsenen – ich war damals 10 Jahre alt – zeigten sich bedrückt. Nur Tage später hörten wir in Troppau den Kanonendonner in Ratibor, dort wurde bereits gegen



die eindringenden Sowjettruppen gekämpft. Es war ein eiskalter Januar. Mein Vater erwartete aus Berlin schon dringend die Anweisung zwecks der Evakuierung der Regierung. Schließlich kam diese Anweisung endlich am 21. Februar 1945, dass die Regierung nach Mährisch-Schönberg verlegt werden solle. Mit zwei Lastwagen voller Akten und der gesamten Belegschaft fuhr die Regierung Troppau nach Mährisch-Schönberg und nahm dort wieder korrekt die Arbeit auf. Wir, die Beamten und ihre Familien, waren im „Bergwirthaus“ in Mährisch-Schönberg untergebracht. Mittlerweile wurde in Troppau bereits gekämpft.

Auch in Mährisch-Schönberg wurde die Lage immer brenzlicher, viele Menschen begannen ihre Flucht Richtung Westen. Doch Beamte mussten auf eine Anweisung von Berlin warten.

Endlich kam am 6. Mai 1945 diese „Anweisung“, per Schreibmaschine

geschrieben auf einem Zettel in einer subalternen Unterschrift, dass sich mein Vater das nächste Gehalt in Reichenberg, Nordböhmen, abholen könne. (Anm.: Dieser Zettel befindet sich noch in meinem Besitz.): „Ihren künftigen Aufenthaltsort haben Sie an den Herrn Reg.-Präsidenten in Aussig oder Karlsbad oder an den Herrn Reichsstatthalter im Sudetengau in Reichenberg schriftlich zu melden.“

Wieder startete die gesamte Belegschaft der Regierung Troppau mit zwei Lastwagen voller Akten auf den Weg Richtung Westen. Doch die Straßen waren voller Flüchtlinge, an den Straßenrändern saßen alte Menschen, die nicht mehr die Kraft zum Weiterlaufen hatten, tote Tiere und abgeworfene Sachen. Plötzlich überholten deutsche Soldaten die Trecks und riefen laut: „Der Iwan kommt!“

Kurz darauf drängten russische Fahrzeuge die Menschen in die Straßengrä-

ben, plünderten und nahmen uns den Dienstwagen weg. Das war das Ende der Regierung Troppau.

Zu Fuß machten wir uns auf den Weg, bis wir kurz vor Reichenberg ein Obdach fanden. In Reichenberg sollte ein Viehwagen-Zug für die Flüchtlinge stehen, doch stattdessen gerieten wir in die Gefangenschaft der tschechischen Partisanen. Sie benahmten sich grausam.

Nach Wochen der Qual befreite ein russischer Offizier zu Pferde uns Gefangene, der Treck machte sich zu Fuß auf und gelangte über Reichenberg in die Oberlausitz. Im Herbst gab man uns in Herrnhut ein Zimmer in einer Wohnung, wo wir über den Winter bleiben wollten. Mittlerweile war auch die Oberlausitz von den Russen und deren GPU besetzt.

Am 22. Dezember 1945 machte die GPU eine wilde Razzia auf den Straßen und verhaftete alle Männer, die sie auf den Straßen erwischen konnte, so auch meinen Vater. In einem offenen Lastwagen wurden die Männer in das Zuchthaus Bautzen transportiert.

Erst nach der „Wende“ erhielt ich vom Roten Kreuz die Nachricht, dass mein Vater 1949 im Zuchthaus Bautzen „verstorben“ sei. Nun liegt er wohl mit Tausenden von Verhafteten im Massengrab neben dem Zuchthaus Bautzen. Man hat dort einen Gedenkstein und eine kleine Kapelle für die Ermordeten erbaut. **Barbara Berger**

Tag der offenen Tür für deutschen Firmen in Tschechien

Deutsche Unternehmen in fünf Regionen Tschechiens und Prag öffnen im Juni ihre Türen. Kleine und große Besucher können die Arbeitswelt in der Praxis kennenlernen, selbst etwas ausprobieren und Hand anlegen. Ein buntes Programm mit Besichtigungen, Workshops, Treffen mit Fachleuten und anderen Aktivitäten ermöglicht dies.

Der Tag der offenen Türen versteht sich als aktiver Schritt gegen den Mangel an motivierten jungen Arbeitskräften in technischen Berufen und soll zugleich die innovative Kraft der deutschen Unternehmen in Tschechien vorstellen. Er findet mit Unterstützung der Deutsch-Tschechischen Industrie- und Handelskammer statt.

Der Tag der offenen Türen erfolgt im Rahmen des deutsch-tschechischen Kulturfrühlings, einer Initiative der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tschechien, des Goethe-Instituts in Tschechien, des deutsch-tschechischen Zukunftsfonds sowie der tschechischen Zentren in Berlin und München in Zusammenarbeit mit dem tschechischen Kulturministerium und dem tschechischen Außenministerium. Mehr Informationen hierzu unter www.de-tschech.eu

Tschechien: Pilný neuer Finanzminister

Präsident Miloš Zeman hat keine Einwände gegen den Vorschlag von Premier Bohuslav Sobotka (Sozialdemokraten), den Abgeordneten Ivan Pilný (Ano) zum neuen Finanzminister zu ernennen. Zuvor aber müsse Zeman den Ano-Parteichef Andrej Babiš als Finanzminister abberufen. Dies verlangt Regierungschef Sobotka seit dem 5. Mai, als Gründe dafür nannte er, dass Babiš offenbar Steuern hinterzogen und seine Medien im politischen Kampf missbraucht habe. Laut Ovčáček wolle sich das Staatsoberhaupt vor seinen Entscheidungen noch mit Babiš und Pilný treffen.



Die Vergangenheit überwinden - durch Taten, nicht durch Worte

Eine kleine Geschichte der Sudetendeutschen Tage von 1950 bis heute

Von Gernot Facius

Die gute Botschaft vorweg: Die Volksgruppe lebt; selbst politische Enttäuschungen und Nackenschläge haben ihrer Vitalität wenig anhaben können. Ihre großen Pfingsttreffen sind Manifestationen historischen Bewusstseins - quer durch alle Jahrgänge. Die weniger positive Nachricht: Wie in allen gesellschaftlichen Gruppen machen sich auch hier Tendenzen einer Anpassung an angebliche unumkehrbare „Realitäten“ bemerkbar. Das Gespräch zwischen der Erlebnis- und der Bekenntnisgeneration wird komplizierter. Die Prioritäten verschieben sich. Mehr Kultur und Folklore, weniger Politik. Das ist wohl der Gang der Zeit. Man muss lernen, damit konstruktiv umzugehen und die heimatpolitischen Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Die Geschichte kennt bekanntlich keine Atempause.

Es wird nur noch wenige Landsleute geben, die direkte Erinnerungen an den ersten Sudetendeutschen Tag 1950 haben oder gar in Kempten anwesend waren. Das Treffen im Allgäu stand unter dem fordernden Leitwort „Gebt uns die Heimat wieder!“ Zwei Jahre später, 1952 in Stuttgart, hieß es „Der Heimat die Treue!“ 1962 in Frankfurt, schon etwas blasser, „Durch Recht zum Frieden!“ 1964 in Nürnberg war man wieder etwas deutlicher geworden: „Versöhnung ja - Verzicht nein“. Und 1993, wieder in Nürnberg, lautete das Motto „Vertreibung ächten - Heimatrecht achten!“ 2006 in Nürnberg schwang man sich, heftige Kritik auf sich ziehend, noch einmal zu der klaren Aussage auf: „Vertreibung ist Völkermord - dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft“. Zehn Jahre später, ebenfalls in der fränkischen Messestadt, hieß es kurz und knapp „Dialog verpflichtet“. Und diesmal, Pfingsten 2017, etwas sperrig „Verständigung suchen - Europas Mitte gestalten“.

Das aktuelle Motto knüpft, wenn man so will, an das Bekenntnis von SL-Sprecher Hans-Christoph Seeböhm, Bundesminister in den Kabinetten Adenauer und Erhard, auf dem ST 1963 in Stuttgart an: „Wir müssen die Vergangenheit gemeinsam bewältigen, im gegenseitigen Verstehen und Verzeihen. Wir müssen sie überwinden durch Taten, nicht durch Worte. Dies allein ist der Weg in die Zukunft.“ Und dann bat Seeböhm „im christlichen Geist“ das tschechische Volk für das ihm während der Nazi-Zeit zugefügte Unrecht um Verzeihung, „damit aus dem gegenseitigen Verzeihen die Grundlage für eine Völkerversöhnung erwachsen kann“. Das war, wohl gemerkt, 1963 - noch während des Kalten Krieges. Die Su-

detendeutschen haben den Tschechen nicht erst nach der „Wende“ die Hand gereicht. Das wird in der Öffentlichkeit meist übersehen.

Dreimal war Wien die gastgebende Stadt eines Sudetendeutschen Tages: 1959 („Für Heimat und Selbstbestimmungsrecht“), 1977 („Das Erbe erhalten - die Zukunft gestalten“) und 1983 („Recht wahren - Brücke sein“). An den jeweiligen Leitworten lässt sich ablesen, wie sich die Veranstalter im aktuellen politischen Meinungskampf positionieren. Die Zeiten änderten sich, und mit ihnen die Slogans. Aber die großen Pfingsttreffen waren stets, wie sich der ehemalige Sprecher der SL, Walter Becher, ausdrückte, ein „permanentes Plebiszit, mit dem sich ein Kern bewusster Landsleute und darüber hinaus Hunderttausende mit ihnen zu ihrer Volksgruppe bekennen“. Sudetendeutsche Wegmarken in der Zerstreuung.

Der ST 1979 in München stand unter dem schlichten Motto „Freie Heimat - Freies Europa“, in das sich, zehn Jahre vor der epochalen europäischen Wende, ein Stück Hoffnung hineininterpretieren ließ. Aber damit nicht genug: An jenem Pfingstsonntag vor nunmehr 38 Jahren, und das gab dem Treffen in der Bayern-Metropole seine historische Bedeutung, solidarisierte sich ein Großer der Kirche mit den „lieben Sudetendeutschen“. Kein Geringerer als Kardinal Joseph Ratzinger, der damalige Erzbischof von München-Freising und spätere Papst Benedikt XVI, prangerte in seiner Predigt während des Festgottesdienstes das Unrecht der Vertreibung an. Er rügte, heute kaum noch vorstellbar, das feige Schweigen zu diesem Menschheitsverbrechen: „Die Weltöffentlichkeit hört aus vielen Gründen nicht gern davon, es passt nicht in ihr Geschichtsbild hinein.“ In der Psychologie sei aber bekannt, dass Verdrängtes im Menschen weiter wirke und „zur Vergiftung von innen wird“.

Der Bayer Ratzinger befand: Auch den Vertriebenen Wohlgesinnte meinten, dass man um der Versöhnung willen nicht mehr von dem Vergangenen sprechen sollte: „Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine wahre Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament.“ Es gehöre zu den Aufgaben der Seelsorge an den Heimatvertriebenen, das ihnen ange-tane Unrecht zu benennen. An diese glasklaren Worte zu erinnern tut Not, wird doch das Schicksal der Vertriebenen Stück für Stück und meist mit voller Absicht aus dem politischen Diskurs verdrängt, selbst von Kirchenleuten. Hat sich nicht auch die Deutsche Bischofskonferenz einer eigenständigen Vertriebenen-Seelsorge entledigt? Der emeritierte Weihbischof Gerhard

Pieschl, einer der Karlspreisträger der SL, hat das in einem Brief an den deutschen Episkopats-Vorsitzenden, Kardinal Reinhard Marx (München), bedauert - er erhielt eine nichtssagende Antwort („Sudetendpost“ 01/2016).

Heute dominieren eben auf allen Seiten die Beschwichtigter und Leisetreter. Menschen, die sich mit dem ihnen angetanen Unrecht nicht abfinden, werden zu Störenfriedern erklärt. Wer von „Völkermord“ spricht, den trifft der Bannstrahl der „Realisten“. Das Wort „Dialog“ ist zur Phrase verkommen. 1998, also vor bald 20 Jahren, ließ der damalige tschechische Botschafter in Deutschland, Frantisek Czerny, die Öffentlichkeit per Zeitungsinterview an seinem Traum teilhaben. „Mein Traum war immer“, sagte Czerny, „dass ein sudetendeutsches Pfingsttreffen einmal nicht in München oder Nürnberg, sondern vielleicht in Aussig, Teplitz oder in einer anderen Stadt unter Beteiligung der heute dort ansässigen Tschechen in einem freundschaftlichen, offenen und europäischen Geist stattfindet.“

Fürwahr, ein schöner Traum des Prager Diplomaten. Aber Czerny befiehlen sogleich Zweifel, ob eine solche Hoffnung schon in absehbarer Zeit in Erfüllung gehen werde. Seine Bedenken waren berechtigt. Er hatte in ein politisches Wespennest gestochen. Tschechische Medien, das ehemalige KP-Organ „Pravo“ vorweg, wüteten gegen Czerny und forderten seine Abberufung. Zu seinem Glück zerbrach kurz darauf die Regierung in Prag. Der Botschafter blieb auf seinem Posten. Gewiss, es hat sich seit dieser Zeit einiges zum Guten verändert, vor allem auf regionaler und lokaler Ebene. Auf der großen politischen Ebene hingegen herrscht weitgehend Stillstand - trotz einiger schöner Worte von der Moldau. Die Rede des Prager Kulturministers Daniel Herman am ST 2016 in Nürnberg, für die Herman, der Vorsitzende des tschechischen Pendantes der deutschen Ackermann-Gemeinde, zu Hause scharf gerügt wurde, war eine freundliche Geste. Aber, wenn man ehrlich ist, nur eine Geste. Das schwierige sudetendeutsch-tschechische Verhältnis konnte Herman damit nicht zum Guten wenden.

Nur eines ist heute anders. Früher mussten die „Stallwachen“ in den Prager Ministerien und Redaktionen am Pfingstwochenende Sonderschichten einlegen, um prompt auf die sudetendeutschen „Provokationen“ reagieren zu können. Diese Zeiten sind vorbei. Das soll freilich nicht heißen, dass schon Normalität in den Beziehungen eingekehrt ist. Tschechen und Sudetendeutsche haben noch eine anstrengende Wegstrecke zu bewältigen.

Ein Kardinal, der Finsternis verbreitete

Seligprechung von Primas Hlond kommt voran / Vertriebene sind empört

Die Nachricht aus Rom hat Unverständnis und Bestürzung unter schlesischen und sudetendeutschen Katholiken hervorgerufen: Das 1992 eröffnete Seligsprechungsverfahren für den polnischen Kardinalprimas Augustin Hlond (1881-1948) kommt voran, die zuständige vatikanische Kommission hat bereits die Belege für die Anerkennung des „heroischen Tugendgrades“ des umstrittenen Kandidaten gebilligt. Nun haben die Kardinalsversammlung der Heiligsprechungskongregation und Papst Franziskus das Wort. Werden sich beide Instanzen über die Bedenken hinwegsetzen, die seit Jahrzehnten von heimatvertriebenen Katholiken gegen Hlond geltend gemacht werden? Protest kommt vor allem von Landsleuten aus der Grafschaft Glatz, dem ehemaligen preußischen Teil der Erzdiözese Prag. Die von Radio Vatikan verbreitete Meldung in der Causa Hlond zeige, dass die Seligsprechung ohne Rücksicht auf die „vielfache Beteiligung“ des Kardinals an der Vertreibung der ostdeutschen Ordinarien und der „gesamten katholischen ostdeutschen Bevölkerung“ durchgesetzt werden solle, bedauerte zum Beispiel der „Grafschafter Bote“ (Lüdenscheid). Die starken polnischen Kräfte in Rom



und die nationalistische Regierung in Warschau würden vermutlich alles daran setzen, „auch im Wissen, dass deutscherseits niemand mehr von Gewicht dagegen votieren wird“, dass die Seligsprechung bald mit viel polnischer Prachtentfaltung erfolge, vermutet das Blatt. Bereits 1996 hatte die Vertretung der aus ihrer Heimat vertriebenen 180.000 Einwohner der Grafschaft Glatz gegen das „unverständliche und viele Vertriebene in hohem Maße provozierende Vorhaben“ protestiert. Dem Kardinalprimas wird vorgeworfen, un-

ter Vortäuschung angeblicher päpstlicher Vollmacht“ die deutschen Bischöfe, Weihbischöfe, Generalvikare und Domkapitel aus ihren Ämtern vertrieben und noch im Jahr 1945 die Polonisierung dreier ostdeutscher Diözesen eingeleitet zu haben. Honds Vorgehen und sein späteres Verhalten zeugten von einer Denk- und Handlungsweise, die nach Meinung vieler Heimatvertriebener eine kirchliche Ehrung ausschließe.

Für seine Lügen im Namen des Papstes suchte sich der Kardinal 1946 bei Papst Pius XII zu entschuldigen. Er blieb aber dabei, dass seine „Fehler“ durch den Gewinn für Polen gut ausgewogen worden seien, er brüstete sich sogar damit, der „Häresie“ und dem „germanischen Protestantismus“ ein Ende bereitet zu haben. Der verstorbene Prälat und Theologieprofessor Franz Scholz, Autor von „Zwischen Staatsräson und Evangelium“, hielt dem Kardinal Unfähigkeit vor, die Vertreibung der Deutschen als unmenschlich und in sich böse zu entlarven. Hlond habe „geistige Finsternis“ verbreitet statt „Licht der Welt“ zu sein: „Er stand hinter der Vertreibung der Deutschen, um eine ‚polnische Kirche‘ auf ‚polnischem Boden‘ zu schaffen.“

Park nach Adelsfamilie Clam-Gallas benannt

Ein Park im Zentrum von Reichenberg/Liberec wurde am 24. Mai nach der Adelsfamilie Clam-Gallas benannt, die einige Jahrhunderte lang in der Nähe der Stadt angesiedelt war. Zudem soll im kommenden Jahr in diesem Park ein Denkmal für Franz Graf Clam-Gallas (1854-1930) errichtet werden, der Adlige war 1914 Ehrenbürger von Reichenberg geworden. Die Kosten für das Denkmal will der Clam-Gallas-Stiftungsfonds tragen. Dies teilte der stellvertretende Oberbürgermeister von Reichenberg, Ivan Langr (Změna pro Liberec), mit.

Einladung:

Barbara Coudenhove-Kalergi ist am 12. Juni 2017 zu Gast im „Haus der Heimat.“

Die Journalistin, ehemalige ORF-Korrespondentin und Herausgeberin, selbst aus Prag vertrieben, wird am Montag, den **12. Juni 2017**, ab 16 Uhr, bei uns im Haus der Heimat zu Gast sein. Das Gespräch leitet VLÖ-Generalsekretär Norbert Kapeller.

Mendel-Manuskript war ohne Bewilligung auf Reisen

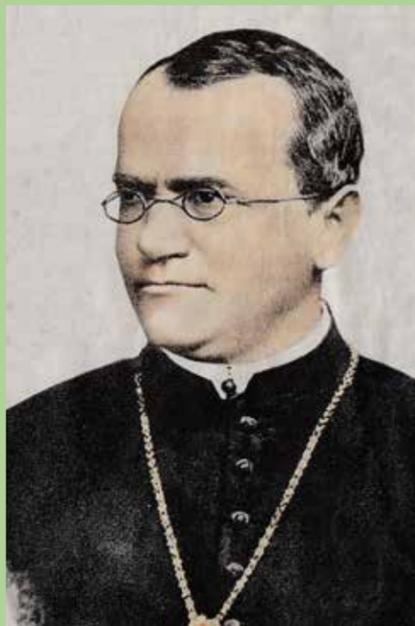
BRÜNN. Die Causa „Mendel-Manuskript“ läßt einen eigenartigen theoretischen Vergleich zu: Wie würde es wohl ausgehen, würde man ohne Kenntnis der Behörden und der Verwaltung einige erhaltene Seiten des bekannten Manuskriptes von Darwin „Über die Entstehung der Arten“ (1858) außerhalb der Bibliothek in Cambridge bringen – beispielsweise nach Paris? Allein durch den Verkauf einer einzigen Seite mit der Nummer 270, die in der Universitätsammlung nicht auffindbar war, konnte laut Fernsehsender CNN voriges Jahr im Auktionshaus Sotheby's ein Erlös in der Höhe von 250.000 Dollar erzielt werden. Das Mendel-Manuskript „Versuche über Pflanzen-Hybriden“ aus dem Jahre 1865 ist hingegen komplett erhalten, es zählt über zwei Dutzend Seiten. In den Druck ging das Werk ein Jahr später und änderte somit grundlegend unsere Ansichten über die Naturgesetze. Diese Studie wurde zur „Bibel“ der modernen Vererbungslehre.

Erst unlängst berichtete Lidové Noviny, daß eines der wertvollsten Kulturgüter aus dem Fundus der Geschichte der Wissenschaften in aller Stille das Gebiet der Tschechischen Republik verlassen hatte. Unter bisher nicht

völlig geklärten Umständen gelangte es wahrscheinlich bereits 2015 aus der Altbrünner Abtei in ein Kloster des Wiener Augustiner Ordens. Nach der Überweisung von 50.000 Euro wurde das Werk am 27. Februar nach Brünn zurückgebracht. Allerdings darf so ein Kulturgut ohne ausdrückliche Erlaubnis überhaupt nicht international auf Reisen gehen.

„Dem Kulturministerium war über die Ausfuhr des Mendel-Manuskriptes bis jetzt nichts bekannt. Über jemand, der für diesen Gegenstand keine Beglaubigung gem. Gesetz über den Verkauf und die Ausfuhr von Kulturgütern (71/1994 Slg.) erstellen läßt, kann das Ministerium Geldstrafen bis zu fünf Millionen Kronen verhängen. Sobald das Ministerium diesbezüglich veranlaßt wird, kann es sich mit der Angelegenheit auch befassen“, meinte gegenüber LN die Sprecherin des Ministeriums Simona Cigánek.

Bei dem besagten Manuskript handelt es sich genau genommen nicht um ein sogenanntes „nationales Kulturgut“, sondern um einen „Gegenstand mit Kulturwert“. Im Falle von Ausleihungen außerhalb der Tschechischen Republik benötigt man je-



denfalls eine Ausfuhrbeglaubigung. Nach Ansicht des Kulturministerium wäre diesbezüglich die Mährische Landesbibliothek am Zug gewesen. Allerdings hat dieses Institut einen derartigen Schritt verabsäumt, was auch von Petr Žabička (stellvertretender Direktor der Brünner Bibliothek) gegenüber LN bestätigt wird. Er könne sich lediglich erinnern, daß seine Mitarbeiter 2012 (zu dieser Zeit war das Manuskript nach längerem Aufenthalt im Ausland nach Brünn zurückgekommen) eine Kopie des Werkes anfertigen ließen. Er räumt jedoch ein, daß es für die wertvol-

le Schrift nur einen einzigen legalen Weg gäbe, das Land wieder zu verlassen: würde es sich um „Archivmaterial“ handeln, obliegt die Erlaubnis der Kompetenz eines Archivars, so eine Entscheidung zu treffen.

Dem widerspricht der Direktor des Mendel-Museums Ondřej Dostál: „Das Manuskript wurde nie als Archivmaterial geführt. Wir waren z. B. bei der Bereitstellung von Ausleihungen des Manuskriptes, das im Besitz des Brünner Augustiner Ordens ist, innerhalb des Landes behilflich. Und damals wurde es als Objekt mit Museum-Sammlung-Charakter verstanden. Im Zuge der Vorbereitungen der Ausleihung anderer Mendel-Gegenstände nach Italien mußten wir eine mehrwöchige Prozedur absolvieren. Damals wurden die Artefakte einer gründlichen Kontrolle, z. B. durch Fachleute von der Mährischen Galerie, unterzogen.“

(Quelle: LN, 25. März 2017, leicht gekürzt)

Dem Tschechischen Kulturministerium war es nicht bekannt, dass das Gründungswerk der Vererbungslehre das Land verlassen hatte. Demjenigen, der es außer Landes bringt, drohen bis zu 5 Millionen Kronen Strafe.

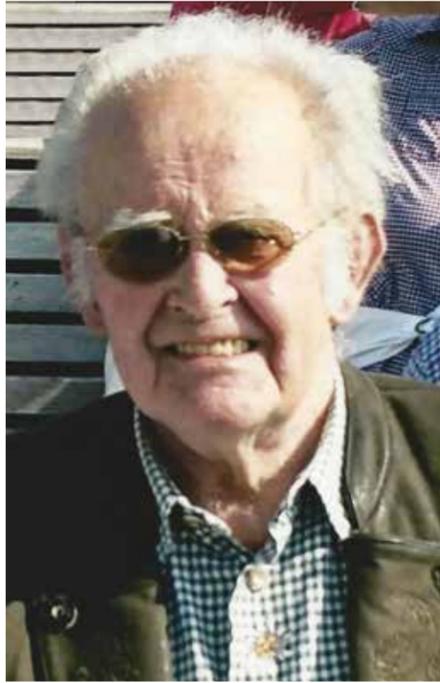
Von Adelsdorf nach Düsseldorf: Roland Schnürch - unbeirrter Kämpfer für die Menschenrechte

Der Mensch wird durch Herkunft, Ort und Zeit bestimmt, Familie und Religion. Nichts davon kann er selbst bestimmen. Bei Roland Schnürch waren dies eine Müllerfamilie, Adelsdorf und Freiwaldau im Sudetenland, dem Teil Schlesiens, der Maria Theresia nach den von einem ruhmstüchtigen Preußenherrscher vom Zaun gebrochenen schlesischen Kriegen verblieben war. Freiwaldau war 1910 ein Städtchen mit 6.859 Einwohnern - 6.843 deutschen und 16 tschechischen Bürgern. Im Jahre 1930, dem Geburtsjahr des Verstorbenen, hatte es 8.261 Einwohner, darunter 1.257 tschechischer Nationalität. Bis Mitte des 18. Jahrhunderts gehörte die Stadt zum Fürstentum Neiß, und erst danach kam es aufgrund der preußischen Kriege zur Trennung von Schlesien.

Schon im 13. Jahrhundert war Freiwaldau freie Bergstadt, unter anderem förderte man Gold. Zu den bekanntesten Bewohnern zählen der Komponist Carl Ditter von Dittersdorf und der Begründer der Wasserheilanstalt in Gräfenberg, Vinzenz Prießnitz.

Der Großvater Schnürch betrieb eine Getreidemühle mit Sägewerk, die zugleich elektrischen Strom erzeugte. Er war Bürgermeister von Adelsdorf, und vielleicht förderte dies auch die politische Arbeit und Einsatzbereitschaft, die sein Enkel bis heute bewiesen hat. Die Mühle wurde von einem Bach, der Biele betrieben.

Beruflich ging Roland nach dem Besuch des Staatsrealgymnasiums in Freiwaldau und dem Kriegsende (er war noch dem Volkssturm beigetreten, es kam jedoch zu keinen Kämpfen) an-



Roland Schnürch.

Foto: Privat

dere Wege, die auch nach Zwangsarbeit mit anderen Jugendlichen in Südböhmen und Beraun von der Vertreibung durch die verbrecherische Beneš-Regierung bestimmt waren. Nach einem Lageraufenthalt in Gmünd 3 (České Velenice) gelangte er zu Verwandten in Wien und später über Geroldgrün (Oberpfalz) und Nürnberg im Zuge der Binnenumsiedlung der Vertriebenen im Jahre 1954 - neun Jahre nach der Vertreibung - nach Düsseldorf.

Mit seiner Frau Gerlinde, einer gebürtigen Teplitzerin, bekam er einen Sohn und eine Tochter. Seit dem Jahre 1954 war er bis zu seinem Ruhestand als Chemieingenieur bei der Firma Henkel in leitender Stellung tätig.

Seit 1978 wohnt er wieder an einem Mühlenbach in Düsseldorf-Hellerhof,

wenn auch die dortige Mühle längst verschwunden ist und das Haus in der rheinischen Ebene steht. Im südlichen Düsseldorf unterstützte er stets unsere Arbeit und die deutschen Aussiedlerfamilien.

Es ist vielen bekannt, dass sich Roland mit Unterstützung seiner Frau, stets seiner Heimat im Sudetenland verpflichtet fühlte. So bekleidete er über viele Jahre Ehrenämter in der SL und speziell in der Vereinigung der Witikonon (genannt nach Witiko, einem Adelspross Südböhmens und dem Witiko-Roman von Adalbert-Stifter). Zeitweise war er auch Vizepräsident der sudetendeutschen Bundesversammlung, viele Jahre führend in der Heimatlandschaft Altvaterland. Er gab 1996 die Publikation „Von Prag nach Sarajewo“ heraus, betätigte sich journalistisch und in Leserbriefen.

Man wird manche Zielsetzungen von Roland Schnürch nicht in allen Punkten teilen können. Seiner Beurteilung der Vertreibung als eines von der Beneš-Regierung mit Unterstützung der drei Kriegspartnern zielbewusst geplanten und durchgeführten Völkermordes indes ist völlig zuzustimmen.

Bei all seinen Bemühungen hat er aber stets den Dialog mit deutschen und tschechischen Verfechtern der Menschenrechte und des Völkerrechts gesucht sowie tatkräftige Hilfe für die im Altvaterland zurückgebliebenen Landsleute geleistet.

Nach seinen politischen Freunden und Weggefährten gefragt, nannte er den früheren bayrischen Minister Walter Stain, die Abgeordneten Becher, Czaja und Zoglmann, von der SPD Volkmar

Gabert, Harry Hochfelder aus dem sozialdemokratischen Wenzel-Jakschkreis und nicht zuletzt den bekannten früheren tschechischen Schachgroßmeister Ludek Pachmann.

Seine sudetendeutsche Heimat und das schöne große Schlesien hat er mehrmals besucht. Unvergesslich bleibt unsere gemeinsame Besteigung der Schneekoppe von der schlesischen Seite - unseres sudetendeutschen Hausberges - im September 2002 bei Sturm, Schnee und Regen. Und dann auf dem Gipfel zerrissen die Wolken, und die Sonne beleuchtete ringsum das Riesengebirge. Rübezahl, der Herr der Berge, ließ es sich bei der etwas verspäteten 80. Geburtstagsfeier 2012 im Restaurant „Zum Vater Rhein“ nicht nehmen, die dort verlorene Pudelmütze samt einer alten Karte der Schneekoppenbauen zu schicken, um weiter Wohlergehen und Arbeitsfreude zu wünschen.

Leider waren die folgenden Lebensjahre durch eine schwere Erkrankung belastet, die er geduldig ertragen hat, betreut von seiner Frau. Seine Aktivitäten im sudetendeutschen Bereich wurden dadurch unmöglich, bis er nach einem Krankenhausaufenthalt am 9. April 2017 im Alter von 86 Jahren verstarb. Seine Familie und ein Kreis sudetendeutscher Landsleute geleiteten ihn auf dem Friedhof Düsseldorf-Itter zur letzten Ruhe. Dort schmückt ein Mühlstein das elterliche Grab, der nun auch an ihn und seine sudetendeutsche Heimat erinnert. Sein Wirken in der sudetendeutschen Gemeinschaft wurde 1997 mit der Rudolf-Lodgman-Plakette gewürdigt.

Rüdiger Goldmann

Für ihn gibt es keine Opfer erster und zweiter Klasse Der Völkerrechtsexperte Professor Alfred de Zayas ist 70

Er hat sich wie kaum ein zweiter ausländischer Völkerrechtsexperte mit den Vertreibungen in Europa, wie überhaupt mit Menschenrechtsfragen auseinandergesetzt: Alfred Maurice de Zayas, in Havana geborener amerikanischer UNO-Beamter, Professor in Chicago, Vancouver, Genf und im spanischen Alcalá de Henares. Mehrere Jahrzehnte war der Jurist in deutschen Vertriebenenkreisen ein hochgeschätzter Ratgeber, der sich vehement dagegen wehrte, von Opfern erster und zweiter Klasse zu sprechen. Die Rechtfertigung eines Verbrechens mit einem vorausgegangen sei nachweislich ein Hauptargument der Nationalsozialisten gewesen, gab de Zayas immer wieder den Zeitgenossen zu bedenken, die mit einer künstlichen Täter-Opfer-Schablone die Kritik an den Massenvertreibungen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu unterbinden suchten. Geschichtsklitterung war das für ihn, eine Verletzung der

Menschenrechte, der Würde des Individuums. „Der Zweite Weltkrieg war zwar der Anlass, nicht aber die Ursache der Vertreibung.

Der heute oft behauptete einfache kausale Nexus zwischen Krieg und Vertreibung überzeugt nicht und ist zudem wissenschaftlich unhaltbar... Alle Vertreibungen sind völkerrechtswidrig.“ Ein Verzicht

a u f

Restitution sei nicht nur bedauerlich für die Opfer, er erweise auch dem Völkerrecht einen Bärendienst. Für de Zayas war klar: Wenn es Wiedergutmachung für Polen, Tschechen und andere gibt, dürfen deutsche Opfer nicht davon ausgeschlossen werden, das käme einer Diskriminierung gleich.

Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Nachkommen würden sonst zu Opfern zweiter Klasse erniedrigt. Und bei all dem dürfe man nicht vergessen, dass es sich zum Beispiel bei der Vertreibung der

Sudetendeutschen

aus ihren ange-

stammten Sied-

lungsgebieten

nicht

um

ei-

nen Vorgang während des Krieges handele, sondern um eines der ersten Massenverbrechen in Friedenszeiten. Der amerikanische Professor hatte lange das Ohr auch der Spitzen der deutschen Vertriebenenverbände - bis diese auf „Reformkurs“ gingen und ihre Politik von Forderungen wie nach Restitution entkernten.

Immerhin: Die SL verleiht ihm 2004 ihren Menschenrechtspreis. In seiner Dankrede wies de Zayas darauf hin, dass elementare Fakten über die Vorgeschichte der Vertreibung nicht nur von der polnischen und tschechischen, sondern auch von der deutschen Forschung „ausgeblendet“ würden. Am 31. Mai hat Professor de Zayas sein 70. Lebensjahr vollendet. (fac)

Der Völkerrechtsexperte Alfred de Zayas ist 70 geworden.

privates Fotoarchiv von Prof. Alfred de Zayas

(CC BY-SA 3.0)



Jaroslav Šebek: Transformationen des tschechischen kollektiven Gedächtnisses an Jan Hus in der modernen Periode

Das zweite Leben des Kirchenreformators in den turbulenten Zeiten

Dr. Šebek hat diesen Vortrag bereits bei der Jahrestagung des Sudetendeutschen Priesterwerkes im Jahr 2015 gehalten. Wir drucken ihn also reichlich spät. Er vermittelt allerdings grundlegende Einsichten. Er ist also immer noch aktuell.

In den böhmischen Ländern waren insbesondere seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts charakteristische Tendenzen zur Instrumentalisierung religiöser Traditionen für die Bedürfnisse der laizistischen nationalen Bewegungen zu erkennen. Ein typisches Beispiel dafür bieten auch die Verehrungsformen des Reformators Johannes Hus, die insbesondere in der modernen Zeit gezielt von verschiedenen politischen und ideologischen Strömungen genutzt wurde. Der US-amerikanische Soziologe George Herbert Mead behauptete, dass „jede Generation ihre Geschichte neu schreibt“. Mit einer gewissen Übertreibung ist es möglich zu sagen, dass in den böhmischen Ländern jede historische Epoche und sogar jede Meinungs- oder politische Strömung eine eigene Geschichte von Magister Johannes Hus geschaffen hat. Für die Rezeption eines zweiten Lebens des böhmischen Reformators gilt das gleiche, was auch für die weiteren geistlichen- und Volkstraditionen gilt – also ein großer Einfluss der politischen Manipulationen und Folgen der staatlichen „Geschichtspolitik“.

Unter den nationalpatriotischen Traditionen Tschechiens nimmt der Kult des böhmischen Reformators Jan Hus zweifellos eine zentrale Stellung ein. Die Hus-Verehrung stellt, vor allem seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, eine der wichtigsten Säulen der tschechischen historischen Tradition dar. Obwohl die Geschichtsschreibung in der Zeit des Kommunismus vor allem die Kontinuität der Hus-Verehrung betonte, lassen sich in ihr doch viele interpretative Brüche feststellen. Nach seinem Tod im Jahr 1415 in Konstanz kam es insbesondere in Böhmen zu einer Welle der Verehrung und zur Verbreitung seines Vermächtnisses. In Folge der Niederschlagung des Ständeaufstandes im Jahr 1620 und der danach beginnenden Rekatholisierung wurde jedoch die Verehrung von Hus mit aller Härte unterdrückt. Allerdings schwand das Interesse an dieser nicht nur deswegen, sondern auch durch das Aufkommen der barocken Frömmigkeit. Diese stellte insbesondere die Tradition des Landespatrones, des hl. Wenzels, und das Aufblühen der böhmischen Länder während der Regierungszeit Karls IV. im 14. Jahrhundert in den Vordergrund. So verschwand allmählich das Hussitentum aus dem tschechischen nationalen kollektiven Gedächtnis. Die im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts ein-

setzende Aufklärung bereitete durch ihre Ablehnung der katholischen Gegenreformation jedoch den Boden für ein neues Verständnis von Jan Hus. Zu einem intensiveren Interesse an der Person von Jan Hus kam es freilich erst im Zusammenhang mit der nationalen „Wiedergeburt“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, deren Charakteristika ein kritisches Verhältnis zur katholischen Kirche sowie der Wunsch nach bürgerlichen und liberalen waren. Die Erinnerung an Bedeutung und Wirken von Johannes Hus stellte eines der wichtigsten Elemente bei der Konstituierung der modernen tschechischen nationalen Identität dar. In liberalen Kreisen dieser Zeit wurde Jan Hus anfänglich als ein Märtyrer der Gewissensfreiheit verstanden und als Ikone einer rationalistischen Aufklärung porträtiert. Vor dem Jahr 1848 wurde freilich vor allem der Feldherr Jan Žižka und nicht Johannes Hus als ein spezifisch tschechischer Held verstanden, da er im tschechischen kollektiven Gedächtnis dieser Zeit als Symbol militärischer Erfolge des Hussitenheers und einer verantwortlichen Staatsverwaltung bestehen blieb. Die tschechischen Liberalen und radikalen Demokraten erkannten vor dem Revolutionsjahr 1848 in weiteren Heerführern der Taboriten, beispielsweise in Prokop, dem Kahlen, Helden, da diese für sie einen oppositionellen Geist und die Bereitschaft zum revolutionären Kampf für soziale und politische Rechte verkörperten. Vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat jedoch die Frage nach Hus im Rahmen des tschechischen Nationaldiskurses in den Vordergrund.

Hus als Schlüsselfigur im tschechischen nationalen Bewusstsein

Zur massiven Entwicklung der Hus-Verehrung trug besonders der Historiker František Palacký bei, der aus einer evangelisch-lutherischen Familie stammte. In seiner mehrbändigen Bearbeitung der böhmischen Geschichte, die ab 1848 auch in tschechischer Sprache unter dem Titel *Dějiny národu českého v Čechách a na Moravě* („Geschichte des böhmischen Volkes in Böhmen und Mähren“) erschien, stilisierte er das Hussitentum zum Höhepunkt der tschechischen Nationalgeschichte. Palackýs Interpretation der nationalen Vergangenheit fand in der tschechischen Gesellschaft gro-



ßen Widerhall. Im Zuge der Revolution von 1848/49 verschmolzen Leben und Wirken von Johannes Hus und das Hussitentum dann zu einer wesentlich mit dem tschechischen Kampf um nationale Selbstbestimmung verbundenen Tradition. Palacký selbst verstand allerdings die religiösen Motive im Handeln von Hus sehr gut, weshalb ihm eine rein nationale Interpretation des Hussitentums fremd war. So war er eher bestrebt, dessen Ideen in einen gesamteuropäischen Konfliktkontext zwischen Katholizismus und Protestantismus einzuordnen.

Nach Niederlage der liberalen Revolution trat die betonte Hervorhebung des Hussitentums für eine kurze Zeit wieder in Hintergrund, was mit einer Stärkung der privilegierten gesellschaftlichen Rolle der katholischen Kirche zusammenhing, die 1855 ein Konkordat mit dem Vatikan abschloss. Dies änderte sich jedoch vor allem nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867), der das Ende der böhmischen Hoffnungen auf eine Föderalisierung der Habsburgermonarchie bedeutete. Bei den Bemühungen, das böhmische Staatsrecht zu verteidigen, wurden breite Schichten der Stadt- und Landbevölkerung in die öffentliche Debatte einbezogen. Als ein besonders geeigneter Mobilisierungsfaktor erwies sich dabei die Gestalt des Magisters Jan Hus.

Das Gedenken an Hus und an diese Periode der Volksgeschichte wurde zu einem wesentlichen Bestandteil vieler gesamtnationaler Erinnerungsfeste. 1868 wurden auf Initiative der Arbeitervereine an bedeutenden, mit der böhmischen Geschichte verbundenen Orten Volksversammlungen organisiert, die zur definitiven Formung der Hussitentradition als Tragachse der ge-

samten böhmischen Geschichte sowie zur Auffassung des böhmischen Volkes als Nachfolger, Erbfolger und Fortsetzer der „Krieger Gottes“ beitrugen. An diesen Volksversammlungen wurde Hussitentum als Kampf für soziale und demokratische Werte ausgelegt. Im Jahr 1869 fanden anlässlich des vermuteten 500. Jahrestages der Geburt des Reformators die ersten großen Feiern in seinem südböhmischen Geburtsort Husinec statt.

Die Entwicklung eines Hus-Kultes fand ihren Ausdruck auch in Form einer breiteren intellektuellen und kulturellen Rezeption sowie eines gesteigerten Interesses der tschechischen Geschichtswissenschaft an der hussitischen Zeit. Ähnliches gilt für die bildende Kunst. In der Belletristik wurde das Verständnis von Hus und Hussitentum vor allem durch die historischen Romane des Schriftstellers Alois Jirásek in breiten Bevölkerungsschichten populär. In diesen Romanen und Dramen wurde Hus freilich nicht mehr mit konkreten reformatorischen Forderungen, sondern mit nationalen und gesellschaftlichen Projekten in Verbindung gebracht.

Zur Verbreitung der Hus-Gedenkveranstaltungen trugen auch die immer stärkeren nationalen Konflikte zwischen tschechischer und deutscher Bevölkerung in den böhmischen Ländern an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bei. Wie sehr Hus im Zentrum des nationalen Interesses der Tschechen stand, zeigte sich unter anderem in der Debatte über die Errichtung eines Hus-Denkmal in Prag Ende des 19. Jahrhunderts. Den Beginn dieser Debatte stellte eine Erklärung des Abgeordneten Fürst Karl IV. von Schwarzenberg während der Beratungen des böhmischen Landtags dar. Im Rahmen

einer Diskussion über die Aufstellung einer Gedenktafel mit Hussens Namen am neuen Gebäude des Landesmuseums (des heutigen Nationalmuseums) in Prag bezeichnete der Fürst die Hussiten als eine Bande von Räubern und Brandstiftern. Als Reaktion darauf forderten tschechische Kreise die Errichtung eines Hus-Denkmal. Die Entstehungsgeschichte dieses Erinnerungsortes war jedoch starken Turbulenzen unterworfen, da der Standort des Denkmals alsbald zum Gegenstand scharfer Auseinandersetzungen zwischen dem tschechischen national-liberalen auf der einen Seite und dem konservativ-katholischen Meinungslager auf der anderen Seite wurde. Nach langwierigen Diskussionen wurde 1903 auf dem Prager Altstädter Ring – neben der barocken Mariensäule, die die katholische Tradition verkörperte – der Grundstein für das Denkmal gelegt. Dieser Akt sollte die Symbiose beider religiöser Traditionsstränge symbolisieren und den ehrwürdigen Platz Hussens im tschechischen Nationalbewusstsein verdeutlichen. Seite an Seite mit der Mariensäule konnte man das Denkmal zwar als Zeichen von Multikonfessionalität ansehen, jedoch war dieser Kompromiss von kurzer Dauer. Sofort nach der Gründung des tschechoslowakischen Staates Anfang November 1918 wurde er symbolisch durch eine Gruppe von Intellektuellen aufgekündigt, die die Mariensäule in einer vorbereiteten Aktion unter dem Schutz einer Arbeiterdemonstration stürzten. Das Denkmal wurde schließlich 1915 anlässlich des 500. Jahrestages der Verbrennung von Hus eingeweiht. Aufgrund des Ersten Weltkrieges gab es aber keine würdevollen Feiern und zudem hatte die österreichische Regierung jegliche öffentlichen Manifestationen verboten. Umso intensiver bekannte sich allerdings das böhmische antiösterreichische Exil zu Hus. Die Erinnerung an die Hussiten wurde während des Ersten Weltkrieges zu einem bedeutenden Traditionsbestandteil des Befreiungskampfes für einen eigenständigen Staat, zu dem sich vor allem die Protagonisten des ausländischen Widerstandes bekannten, u. a. Tomáš G. Masaryk, der 1918 erster tschechoslowakischer Staatspräsident wurde.

Gedenken an Hus nach der Etablierung der Republik 1918

Die Hus-Traditionen wurden während des Ersten Weltkrieges zu einem wesentlichen Bestandteil des als Befreiungskampf empfundenen Einsatzes zur Schaffung eines selbstständigen Staates. Daher kam den Hus- und Reformationstraditionen auch eine entscheidende Rolle bei der Formierung der offiziellen Staatsideologie nach der Entstehung des selbständigen tschechoslowakischen Staates im Oktober 1918 zu. Die Etablierung der Tschechoslowakei im Jahre 1918 hat

neue Möglichkeiten in der Auffassung der Hussitentradition, sowie eine neue Symbolik und gleichzeitig auch neue Konflikträume gebracht. Die Erste Republik bekannte sich offen zur Hussitentradition als einem Höhepunkt der böhmischen Volksgeschichte. Die Erinnerung an Hus bot eine ideelle traditions- und legitimationsstiftende Projektionsfläche für die Formulierung nationaler Vorstellungen, Interessen und Hoffnungen.

Auf der Basis der Verehrung von Hus kam es auch zur Vereinigung der beiden protestantischen Konfessionen – Lutheraner und Reformierte: Im Dezember 1918 entstand die Evangelische Kirche der Böhmisches Brüder, bei der die Hus-Lehre ein untrennbarer Bestandteil der Glaubenslehre ist. Die Ideen von Hus zur Kirchenreform wurden auch zu einer ersten ideologischen Plattform, auf der sich seit dem Jahre 1920 die nationale Tschechoslowakische Kirche im Umkreis des katholischen Reform-Klerus etablierte. Die Repräsentanten dieser Meinungsrichtung nannten als wichtigste Programmpunkte neben anderem die breite Demokratisierung der Kirchenverfassung und Abschaffung des Zölibats. Die neue Kirche, die in wenigen Jahren etwa 800 000 Mitglieder gewann, nationalisierte durchwegs ihre Ausdrucksformen: Sie übersetzte die Liturgie ins Tschechische, verwendete Texte der Nationalliteratur, vor allem von Hus, in ihrer Liturgie und orientierte sich bei der Erfindung eigener Riten, z. B. bei der Bischofswahl, an den einheimischen reformatorischen Traditionen.

Auf Beschluss des tschechoslowakischen Parlaments, das im März 1925 ein neues Feiertagesgesetz verabschiedete, wurde der Todestag von Hus, der 6. Juli, zum nationalen Gedenktag erklärt. In der sozialistischen Presse sprach man zur gleichen Zeit von Hus als einem mit dem „Kampf der tschechischen Demokratie des 15. Jahrhunderts gegen Rom“ und damit gegen den Katholizismus verbundenen Symbol. Im Juli 1925, als des 510. Jahrestages des Feuertodes von Hus gedacht wurde, erreichte die Konfrontation zwischen katholisch-konservativen und protestantisch-liberalen Traditionsdeutungen ihren Höhepunkt: Präsident Tomáš G. Masaryk hatte die Schirmherrschaft zu den Feierlichkeiten übernommen. Das päpstliche Staatssekretariat fasste dies als Entwürdigung der katholischen Kirche und als Provokation auf, die die Gemüter der Katholiken beleidige. Nuntius Francesco Marmaggi reiste daher aus Protest am Abend des 6. Juli von Prag nach Rom ab. So führten die Feiern zum bisher größten Konflikt in den tschechoslowakisch-vatikanischen Beziehungen. Die Auseinandersetzung zwischen dem Vatikan und der Tschechoslowakei konnten erst mit der Einigung auf einen Modus Vivendi im Jahr 1928 beigelegt werden. Es ist dabei interessant, dass die nächste Jubiläums-

feier im Jahr 1935 mit der allmählichen Stabilisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche seit dem Ende der zwanziger Jahre schon im Geist der Toleranz den tschechischen Katholiken gegenüber verlief.

Nach der nazistischen Okkupation der Tschechoslowakei und der Entstehung des Protektorats Böhmen und Mähren im März 1939 fand die Hussitentradition ihren stärksten Ausdruck auf patriotischer Ebene. Der kommunistische Auslandwiderstand in Moskau berief sich auf die Hussitentradition als Aufforderung zum Widerstand.

Jan Hus in der Periode der kommunistischen Macht

Am offenkundigsten ist die Erinnerung an Hus und die Hussiten mit Beginn des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei 1948 instrumentalisiert worden. Das Hus-Bild veränderte sich, weil sich auch die Machtverhältnisse grundsätzlich verändert hatten. Die kommunistischen Machthaber bemühten sich, der Hus-Geschichte einen neuen Inhalt zu geben, der vor allem den aktuellen ideologischen und propagandistischen Bedürfnissen dienen sollte. In dieser Zeit wurde Hus – vereinfacht gesagt – vor allem als Schöpfer eines ideologisierten sozialen Programms der Hussitenkämpfer gegen die ausbeutenden, herrschenden Klassen und den deutschen Feind wahrgenommen. Zu dieser Rezeption trug auch die offizielle Historiographie insbesondere der 1950er Jahre bei, die das Hussitentum mit marxistischen Begriffen interpretierte. Das kommunistische Regime rechnete zwar Jan Hus durchaus zu den progressiven und damit verehrens-werten Gestalten der böhmischen Geschichte, doch wurde dabei weniger die Persönlichkeit des Magisters hervorgehoben, vielmehr



musste sich Hus seine Popularität mit anderen Protagonisten des Hussitismus teilen, beispielsweise mit Jan Želivský, der zum radikalsozialen Segment der hussitischen Revolution gehörte. Die kommunistische Propaganda akzentuierte außerdem besonders die Kriege der hussitischen Bewegung.

Seit den 1960er Jahren trat die Ideologisierung von Jan Hus jedoch langsam zu Gunsten einer realistischeren Anschauung seiner Person zurück, woran die Historiker František Šmahel, Jaroslav Mezník, Petr Čornej oder Jiří Kejř im Rahmen quellengestützter Interpretationen ihren Anteil hatten. Auf Jan Hus nahm auch der Prager Erzbischof Josef Beran nach seiner Reise ins römische Exil 1965 im Rahmen der Debatten zum Thema Regionsfreiheit auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil Bezug. Bedeutende Exiltheologen – auf katholischer Seite etwa Thomas Špidlík, auf protestantischer Seite beispielsweise Johann Milíč Lochman – riefen in den 1980er Jahren zum Einbezug der Hus-Thematik in Glaubens- und moralischen Fragen sowie zur Befreiung seiner Gestalt von zweckgerichteten Interpretationen auf. Auch der Pole Stefan Swieżawski, der an der Katholischen Universität in Lublin wirkte, leistete sehr bedeutende Beiträge in dieser Debatte. Im Jahre 1986 widersprach er in der katholischen Wochenschrift „Tygodnik powszechny“ der alten These vom Häretiker Jan Hus. Swieżawski ließ sein Bild in einem ganz anderen Licht erscheinen. Hus, so die revolutionäre Erkenntnis, habe in seiner Lehre einige Elemente des Zweiten Vatikanischen Konzils vorweggenommen: die Berufung der Laien zu Dienst und Verantwortung, die Landessprache in der Liturgie, die Betonung des Gewissens usw.

Neue Wahrnehmungen von Johannes Hus nach 1989

Nach dem Fall des Kommunismus setzte eine weitere Objektivierung der Rolle von Johannes Hus ein. Dennoch sind aus früheren Zeiten bestimmte Bilder haften geblieben: auf der einen Seite Hus als der häretische Spalter, der Nationalist, der Kämpfer für soziale Gerechtigkeit; auf der anderen Seite Hus als intellektueller Wahrheitssucher, der im Kampf gegen die Verweltlichung und sittliche Verwahrlosung der Kirche aus der Tiefe des Evangeliums schöpft. Zwischen diesen Polen schwankt das Hus-Bild fast bis heute. Es ist jedoch interessant, dass bei der Suche nach einer neuen Wahrnehmung von Jan Hus die katholische Kirche, und sogar deren höchste Leitung, Bedeutendes beigetragen hat. Diese Tatsache illustriert am treffendsten die Aufforderung von Papst Johannes Paul II. zur Umwertung der Hus-Position in der böhmischen Geschichte, die er während seines ersten Besuches in der Tschechoslowakei im April 1990 aussprach. Im Herbst 1993 fand in Bay-

reuth das erste große Symposium statt, das die bisherigen Forschungsergebnisse zusammenfasste. Im Dezember 1999 kam die bis heute bedeutendste Konferenz über Jan Hus zustande: An dem viertägigen Symposium an der Päpstlichen Lateranuniversität in Rom waren rund 100 Wissenschaftler aus sieben Ländern beteiligt. Am 17. Dezember wurden die Konferenzdelegierten, unter ihnen auch Staatspräsident Václav Havel, von Papst Johannes Paul II. empfangen. In seiner Ansprache erklangen aus historischer Sicht ausschlaggebende Worte: „Heute [...] fühle ich mich verpflichtet, mein tiefes

Bedauern auszusprechen für den grausamen Tod von Jan Hus und für die daraus folgende Wunde, eine Quelle von Konflikten und Spaltungen, die dadurch in den Geist und die Herzen des tschechischen Volkes gerissen wurde.“ Die Suche nach einer gemeinschaftlichen Wahrnehmung, was die Bedeutung der Person des Magisters Jan Hus anbelangt, hat zur Annäherung quer durch die tschechischen Konfessionen beigetragen und auch eine koordinierte Vorbereitung seines 600. Todestages im Jahr 2015 ermöglicht. Die vorbereitenden Festivitäten thematisieren - neben anderem - ökumenische Aspekte

der Ansichten über die Person dieses großen Geistlichen und Gelehrten. Diese Aktivitäten zeigen sicher auch das fortbestehende Interesse an ihm. In den 1990er Jahren ist freilich die Popularität von Jan Hus als einer böhmischen Identifikationsgestalt auch etwas zurückgegangen. Die Verdammung der kommunistischen Vergangenheit nach Niederlage der autoritären Staatsmacht 1989 hat nämlich auch zu einem Abflauen der mit ihnen verknüpften Traditionen geführt. Die übermäßige Hervorhebung der sozialen Dimension der Hus-Botschaft hat so die Annahme dieser Geschichte nach 1989 etwas

erschwert. Das wichtige Merkmal der postkommunistischen liberalen Demokratie ist freilich die Hervorhebung des Individualismus sowie die Gestaltung von zeitlich begrenzten utilitaristischen Bindungen. Eine Gesellschaft lässt sich aber nicht nur über kurzfristige Interessen, die oft ökonomischer Natur sind, zusammenfügen. Wenn demgegenüber die großen geistlichen und volkstümlichen Traditionen in Erinnerung, einschließlich des Hus-Gedächtnisses, gebracht werden, können sie eine Gelegenheit zur Gestaltung der notwendigen Schlusssteine in der Gesellschaft sein.

Sonderausstellung „Rosa Tahedl“ im Böhmerwaldmuseum Wien

Das Böhmerwaldmuseum Wien hatte am Samstag, den 29. April 2017, zur Eröffnung der diesjährigen Sonderausstellung eingeladen. Diese Ausstellung widmet sich der Böhmerwäldler Lehrerin, Waldarbeiterin, Schriftstellerin, Dichterin, Komponistin und Heimatkundlerin Rosa Tahedl (1917–2006), welche in den Wirren des Ersten Weltkrieges vor hundert Jahren im Böhmerwald geboren wurde, in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ihre Kindheit und Ausbildung zur Grundschullehrerin machte und während des Zweiten Weltkrieges ihre ersten Unterrichtserfahrungen sammeln konnte. Nach Kriegsende blieben sie und ihre Familienangehörigen von der Vertreibung verschont, da ihr Vater als Facharbeiter dringend gebraucht wurde. Ihren Lehrberuf als deutsche Lehrperson durfte sie nicht mehr ausüben und musste nach 1946 ihren Lebensunterhalt als Waldarbeiterin in den staatlichen Forstbetrieben der Tschechoslowakei für die Dauer von achtzehn Jahren verdienen. Erst 1964 wurde die Ausreise nach Deutschland gestattet, wo sie wieder ihrem erlernten Beruf nachgehen konnte. Ihre Erlebnisse in der Zeit des Kommunismus und ihre Erinnerungen an die Geschehnisse nach der Vertreibung der deutschen Bewohner ihres Heimatortes hat sie in mehreren Büchern, Artikeln und Schriften der Nachwelt hinterlassen. Mit ihren Mundartgedichten, Liedern und Schilderungen des täglichen Lebens und der verschiedenen Jahreskreisfeste sowie der Mitarbeit in Böhmerwäldler Heimatorganisationen hat Rosa Tahedl ihrer Heimat Böhmerwald und dem Böhmerwald-Heimatkreis Prachatitz ein großartiges Denkmal gesetzt.

Museumsobmann Dr. Gernot Peter konnte zur Ausstellungseröffnung als besondere Ehrengäste den ehemaligen Vizebürgermeister der Stadt Prachatitz (Prachatice), Herrn Václav Rosa mit Gattin und Verwandten begrüßen, den Verleger Hans Schopf vom Morsak-Ohetaler-Verlag im bayerischen Grafenau mit Gattin, den Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Wien, Dieter Kutschera,



Im Bild (v.l.n.r.): Hans Schopf, Dr. Gernot Peter, Václav Rosa, Dieter Kutschera

mit Gattin (zugleich Obmann der Heimatgruppe Nordböhmen), den stellvertretenden Obmann der Heimatgruppe Schönhengstgau, Herrn Senatsrat i.R. DI Harald Haschke, den Obmann des Böhmerwaldbundes Wien, Direktionsrat Franz Kreuss mit Gattin, den Urgroßneffen des Böhmerwalddichters Johann Peter, Herrn Dkfm. Dr. Oskar Anton Peter mit Gattin, das älteste Mitglied der Heimatgruppe Böhmerwald, Franz Koller (95 Jahre) sowie den em. Rechtsbibliothekar und Grafiker Herrn Freiherr Dr. Leopold Cornaro.

Dr. Peter beschrieb in seinen Eröffnungsworten kurz den Lebensweg von Rosa Tahedl, wies darauf hin, dass er sie noch selbst bei ihren Aktivitäten kennenlernen durfte, und sprach dem Verleger Hans Schopf seinen Dank dafür aus, dass der Böhmerwalddichter wieder gedacht wird. Verleger Schopf brachte zur Vernissage die Neuauflagen von Werken der Dichter Johann Peter, Josef Gangl und Rosa Tahedl mit. Weitere Auflagen sind in Vorbereitung. Obmann Peter (zugleich auch 1. Vorsitzender des Böhmerwald-Heimatkreises Prachatitz in Ingolstadt in Deutschland) gab dann auch einen Überblick über die ebenso als Wanderausstellung gestalteten doppelseitigen 15 Roll-Ups (deutsch und tschechisch), welche in verschiedenen Orten Deutschlands, Tschechiens und auch im Herbst in Wien bei sudetendeutschen Veranstaltungen gezeigt werden. Dr. Peter sagte ganz besonders dem Gestalter der Ausstellung und der Roll-Ups, Franz Kreuss vom Böhmerwaldbund, Dank für seine Recherchen

und seine Geduld beim Zusammentragen von Bild- und Tonmaterial. Viele historische Aufnahmen von Rosa Tahedl wurden von ihm digitalisiert und als DVD und Audio-CD neu aufgelegt. Verleger Hans Schopf überreichte Dr. Peter die Neuauflage eines Tahedl-Buches, in welchem sie ihre Zeit „unter dem Roten Stern“ schildert, sowie ein großes Noten- und Textkonvolut (für das Archiv des Museums) des Böhmerwäldler Komponisten Julius Blechinger aus Winterberg (Vimperk). Der Morsak-Ohetaler-Verlag ist derzeit bemüht, weitere Kompositionen dieses leider in Vergessenheit geratenen Musikers neu aufzulegen. Alt-Vizebürgermeister Rosa (der ausgezeichnet Deutsch spricht) dankte unter Tränen dafür, dass das Böhmerwaldmuseum – nach so vielen Jahren und doch so weit vom Böhmerwald entfernt – das Andenken an den „alten“ Böhmerwald immer wieder neu aufleben lässt. Bei vielen intensiven Gesprächen wurden Neuanknüpfungen von Kontakten gepflegt, Erinnerungen aufgefrischt und neue Projekte angedacht. Diese Ausstellungseröffnung zeigte einmal mehr die so positive und erfolgreiche grenzüberschreitende Arbeit des Wiener Böhmerwaldmuseums. Öffnungszeiten der Ausstellung (bis 7. April 2018): Jeden Sonntag von 9 bis 12 Uhr (Sonderführungen nach telefonischer Voranmeldung möglich: 0664/8888 824) Weitere Informationen: Böhmerwaldmuseum Wien und Erzgebirger Heimatstube, Ungargasse 3/2/10, 1030 Wien, www.boehmerwaldmuseum.at; boehmerwaldmuseum@aon.at



Ein Denkmal für Maria Theresia

Im Park an der Prager Pulverbrücke ist jetzt der Grundstein für ein Maria-Theresia-Denkmal gelegt worden. Die symbolischen Hammerschläge führte die Oberbürgermeisterin der tschechischen Hauptstadt, Adriana Krnacova, aus. Das Monument zur Erinnerung an die österreichische Regentin aus dem Hause Habsburg, die nie zur Kaiserin gekrönt, aber als solche titulierte, soll fünfeinhalb Meter Höhe erreichen. Die Baukosten werden auf umgerechnet rund 110 000 Euro geschätzt. Maria Theresia, Gattin von Kaiser Franz I, war Königin von Böhmen, sie lebte von 1717 bis 1780. Ihr Name ist mit einer Reihe von Reformen der österreichischen Monarchie verbunden.

Neue Orgel für den Veitsdom

Der Prager Veitsdom soll endlich eine große Orgel erhalten, wie tschechische Medien berichten. Sie entsteht in der Werkstatt des Deutschen Gerhard Grenzing unweit von Barcelona. Das 97-Register-Instrument wird nachzeitigem Stand etwa drei Millionen Europa kosten, finanziert aus Spenden. 32 Prozent dieser Summe waren bis April diesen Jahres eingegangen. Die Orgel soll voraussichtlich im Herbst 2019 eingeweiht werden. Versuche, den Dom auf dem Burgberg mit einem solchen großen Instrument auszustatten, hatte es zuletzt während des Prager Frühlings 1968 gegeben. Die Pläne konnten dann in der Phase der so genannten „Normalisierung“ nicht weiter verfolgt werden. Es blieb bei der kleinen Orgel in der Kathedrale.

Leserbrief zum Artikel „Gemeinsam in der Wahrheit leben“,

Bernd Posselt in der Sudetendeutschen Zeitung vom 24. März 2017

Wie das Verhalten der relevanten Interessengruppen zeigt, interpretiert jeder die Wahrheit etwas anders. Die sudetendeutsche Volksgruppe dürfte die Wahrheit im geschichtlichen Verlauf speziell im Leidensweg schon ab 1918 mit Missachtung ihres Selbstbestimmungsrechts bis 1945/46 zur totalen Entrechtung und Vertreibung durch die Tschechen sehen. Das entsprechende Wiedergutmachungsziel ist in § 3 ihrer Satzung formuliert.

Die BRD dürfte gemäß dem Inhalt der Deutsch-Tschechischen Erklärung vom 21.1.1997 die Wahrheit nur im Zeitsegment zwischen 1938 und 1945/46 sehen und die Entrechtung und Vertreibung der Sudetendeutschen nur als Reaktion auf das Münchner Abkommen und die Gewaltherrschaft des Protektorates begründen - was aber geschichtlich unkorrekt ist!

Die Tschechische Republik sieht gemäß Erklärung von 1997 ebenfalls die Wahrheit nur im Zeitsegment 1938 bis 1945/46 und bedauert die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende und die immer noch gültigen Beneš-Dekrete, welche die kollektive Vertreibung, die Konfiszierung des Vermögens und die Ermordung von Sudetendeutschen als straffreie Rechtshandlungen bis heute absichern. Dadurch können sie, trotz der Erklärung, unbehelligt weiterhin das von uns geraubte Diebesgut bewohnen, bewirtschaften und weiterveräußern.

Einen Hinweis auf eine Wiedergutmachung des Unrechts durch die begangenen Verbrechen an den Sudetendeutschen findet man in der Erklärung nicht; deswegen mussten die Sudetendeutschen am 8./9.2.1997 die Inhalte korrigieren bzw. diesen widersprechen.

Damit steht doch fest, dass gemäß dieser Erklärung die Tschechische Republik an eine notwendige versöhnliche Wiedergutmachung für das verbrecherische Unrecht an uns Sudetendeutschen sicher nicht dachte und bis heute - 2017 - immer noch nicht denkt.

Das heißt, dass wir weiterhin zusammen mit unserem „Freistaat Bayern“, dessen 4. Stamm wird ja sind, diese persönlichen und versöhnlichen Wiedergutmachungen einfordern müssen. Das Ziel der Verständigung „Gemeinsam in der Wahrheit leben“ reicht eben nicht aus; „Gemeinsam in der Heimat leben“ wäre schon zielorientierter.

Den 70 plus 20-Jährigen der Erlebnisgeneration, die Gesprächsbereitschaft einiger tschechischer Politiker und die Renovierungsbereitschaft historischer Denkmäler durch Sudetendeutsche und Tschechen als neuen, positiven Trend darzustellen, ist nicht ganz korrekt, denn diese Aktionen laufen schon seit der Erklärung 1997 und werden sogar durch den damals vereinbarten Zukunftsfonds unterstützt. Schade ist jedoch, dass sich zwischenzeitlich einige sudetendeutsche Politiker der einst widersprochenen

Tribüne der Meinungen

Deutsch-Tschechischen Erklärung doch unterwerfen und die konkrete und alleinige Forderung nach versöhnlicher Wiedergutmachung aus unserer Satzung und auch aus den Gesprächsinhalten streichen wollen!

Besser wäre ein Zusammenstehen und ein weiteres Einfordern unseres Rechts, denn auch die EU braucht ein haltbares Fundament, welches aber nur auf gleichem Rechtsverständnis aufbauen kann. Lasst uns am Sudetendeutschen Tag „für Selbstbestimmungsrecht und Wiedergutmachung demonstrieren“!

Hermann Kautzner, Gilching

Maßlose Selbstüberschätzung von Bernd Posselt

Ehrlich und ehrenamtlich der Gemeinschaft dienen und in großer Not zusammenzustehen, war oberstes Gebot für den „Vierten Stamm“ der Bayern. Es ging rein um das Überleben und es gab keine Hoffnung mehr!

So kam die Stunde der Heuchler, die uns Hoffnung machten und versprachen: „Solange man noch um die Heimat kämpft, ist sie nicht verloren!“ Reine Machtgier steigerte das Verlangen von Wiedergutmachung und führte dann zu absoluten Mehrheiten.

Die Realisten scheiterten kläglich, denn die Wahrheit wollte man nicht hören und sie mussten sich noch - übel - als Vaterlandsverräter beschimpfen lassen! So ging das Geplänkel über Jahrzehnte dahin. Die Heimatschreier verstummten nach und nach, denn man hatte Europa entdeckt. Posselt machte eine Kehrtwendung, beschwor die Vergangenheit, lobte die bedeutenden Persönlichkeiten, die schon vor ihm gewarnt hatten und erklärte in der Wiesbadener Bundesversammlung vom 11.04.2017 in maßloser Selbstüberschätzung: „Die europäische Einigung ist eine sudetendeutsche Erfindung“ und übertrifft damit noch das Gefasel, dass wir doch Geschwister sind?

Gerhard Roch, Aichach

Wieder ist ein Jugendfreund von uns gegangen

Wie ich erst jetzt erfahren habe, ist der am 23.12.1930 in Adelsdorf (Kreis Freiwaldau) geborene Landsmann Roland Schnürch am 9. April 2017 verstorben. Über seinen beruflichen und politischen Werdegang wurde bereits an anderer Stelle berichtet.

Mein Beitrag bezieht sich auf unsere gemeinsam verbrachte Zeit im Kreise der sudetendeutschen Jugend in Nürnberg von ca. 1950 - 1955. In jenen Jahren betätigten sich unsere in Nürnberg lebenden heimatvertriebenen Landsleute aktiv in der Sudetendeutschen Landsmannschaft und bezogen auch die Jugend mit ein. Entgegenkommender Weise hatte die Stadt Nürnberg die Turmzimmer der Nürnberger Burg den Jugendlichen aus den Vertreibungsgebieten für Zu-

sammenkünfte zur Verfügung gestellt. Als Jugendgruppenleiter fungierte seinerzeit Roland Schnürch. Diese Aufgabe hatte er nach dem Studium in Wien und während des durch Abendarbeit selbst finanzierten Chemie-Studiums in Nürnberg freiwillig übernommen.

Ihm ist es zu verdanken, dass unsere Jugendgruppe einen ständigen Zulauf erfuhr und die wöchentlichen Heimabende immer gut besucht waren. Die Zahl der fast regelmäßig teilnehmenden Mitglieder, wobei sich weibliche und männliche Jugendliche in etwa die Waage hielten, betrug meist über 30 Personen; die Gruppe selbst war zahlenmäßig wesentlich stärker. Die Gruppenarbeit in diesen Räumen bestand zunächst darin, sich für Theateraufführungen, Muttertagsfeiern, Einstudieren von Gedichten und Volksliedern für Veranstaltungen der SL, von und zu der wir gebeten wurden, vorzubereiten. Wir als Jugendliche übten neben Spiel und Gesang verschiedene Volkstänze ein, die zu gegebener Zeit vorgetragen und vorgeführt wurden. Natürlich nahmen wir auch an den von der SL organisierten Faschings- und Silvester-Tanzbällen teil.

Schon damals ließ Roland seinen Führungsstil erkennen. Ihm ist es zu verdanken, dass er uns Jüngeren die verlorene Heimat durch Erzählungen, Erklärungen über geographische und geschichtliche Zusammenhänge, Literatur, Brauchtum und anderes mehr näherbrachte. Er organisierte gemeinsame Radtouren, Wanderungen, Zeltlager, Ausflüge per Bahn und Schiff, Besichtigungen von Kulturstätten, wie die Befreiungshalle Kelheim, Kloster Weltenburg, und vieles andere mehr. Die erste gemeinsame Teilnahme am Sudetendeutschen Tag in München war für uns mehr als eine Veranstaltung, es war ein großes Ereignis. Uns jungen Vertriebenen gaben diese Zusammenkünfte moralischen Halt, sie drängten die grausamen Erlebnisse der Vertreibung in den Hintergrund und lenkten unsere Gedanken in andere Bahnen. Den von Roland ausgesprochenen Einladungen zu unseren Jugendstunden folgten nicht nur fremde Jugendgruppenleiter, es suchten uns u. a. auch Erich Kukuk (†), dessen Name eng mit der Bildungsstätte „Heiligenhof“ in Bad Kissingen verbunden ist, Ossi Böse (†). Mitbegründer der SL, Mitglied des Bundesvorstands sowie der SL Bundesversammlung. Schon als junger Mensch hatte Roland Verbindungen zu aktiven und einflussreichen Landsleuten geknüpft. Leider haben sich seine Vorstellungen und das sich selbst gesteckte Ziel, irgendwann wieder in die Heimat zurückkehren zu können bzw. „die Heimat wiederzugewinnen“, nicht verwirklicht.

Nachdem Roland Schnürch sein Studium abgeschlossen und Nürnberg verlassen hatte, um als Diplomingenieur und Betriebsleiter in der chemischen Großin-

dustrie in Düsseldorf seinem Berufsweg zu folgen, führte ich unsere Jugendgruppe weiter. Darüber hinaus nahm ich Kontakt mit sudetendeutschen Familien auf und warb um deren Kinder für eine zu gründende sudetendeutsche Kindergruppe. Mit diesen beiden Gruppen war ich bis 1959 neben meinem Beruf voll ausgelastet.

Infolge meines jahrelangen beruflich bedingten Auslandsaufenthaltes hatte ich „Sudetenland und sudetendeutsche Jugendgruppen“ aus den Augen und den Gedanken verloren. Erst nach meiner Rückkehr suchte ich wieder den Kontakt mit alten Jugendfreunden und lernte dann einen doch mittlerweile veränderten und heimatpolitisch auf eine bestimmte Linie festgelegten Roland kennen. Seine nicht immer unumstrittenen Meinungen und Ansichten hatten ihn zum Kämpfer, zum Teil auch Gegner seiner andersdenkenden Landsleute werden lassen.

Die Heimat und deren Wiedergewinnung bestimmte von Jugend an sein Leben. In all den Jahren hat er in Vorträgen und Veröffentlichungen die Belange und das Recht der Sudetendeutschen vertreten. Insbesondere in den Jahren seines Ruhestands widmete er sich ausschließlich sudetendeutschen Themen. Sein „Kampf“ um Wahrheit und Recht wurde weder von unserer eigenen Vertretung, noch aller bisherigen deutschen Regierungen unterstützt.

Wir, die damals noch jungen und zum Teil entwurzelten Menschen, haben durch die von Roland organisierten und durchgeführten Aktivitäten sehr profitiert und denken noch heute gerne an diese Zusammenkünfte zurück.

„Sudetenland, mein Heimatland“, wie von unserem Robert Jung besungen, wird in nicht allzu ferner Zeit in Vergessenheit geraten und aus den Druckwerken getilgt sein. Die Erlebnisgeneration verlässt so nach und nach den Erdenball. Und die Nachfolgegeneration hat andere Interessen, andere Ziele, andere Vorstellungen.

Eleonora Bolter, Karlsruhe

Zu „Das Erdogan-Referendum und die Sudetendeutschen“:

Wenn der „Welt“-Journalist Kellerhoff das Wahlverhalten der Sudetendeutschen im Jahr 1935 mit dem der in Deutschland ansässigen Türken beim Erdogan-Referendum 2017 vergleicht oder gar gleichsetzt - beide Seiten hätten, obwohl in Demokratien lebend, für Diktatoren gestimmt -, dann ist das in der Tat, wie es Gernot Facius in seinem Beitrag einstuft, historisch absolut unhaltbar.

Kellerhoff scheint von dem weitverbreiteten Wahn befallen zu sein, die Auseinandersetzungen zwischen der Prager Regierung und der Sudetendeutschen Partei (SdP) des Konrad Henlein seien ein eindeutiges Ringen zwischen demokratischem Licht und faschistischer Finsternis gewesen. „Davon“, so der von Facius ebenfalls zitierte Historiker Friedrich Prinz in einer Rezension des

Bandes „Zeitzeuge. Ein Lebensbericht“ von Walter Becher (München, 1990), „kann keine Rede sein“, wie bereits vor vielen Jahren der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch - Mitbegründer des Godesberger Programms der SPD - in seinem berühmten Buch über „Europas Weg nach Potsdam“ (1958) überzeugend dargelegt hat: „Die politische Intransigenz des Staatspräsidenten Beneš gegenüber den Sudetendeutschen, ein „hausgemachter“ schwerer Fehler der Prager Politik, die ohnehin seit dem Freundschaftspakt mit Stalin in die internationale Isolierung rutschte, zerschlug auch die staatsstreuen deutschen demokratischen Parteien (Sozialdemokraten, Christlich-Soziale, Bund der Landwirte) und verurteilte sie zur Erfolglosigkeit.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. August 1990).
 Ins Bild passt hier, was der leider viel zu früh verstorbene SPD-Politiker und neben Erika Steinbach - Mitinitiator des „Zentrums gegen Vertreibungen“, Peter Glotz, im Kapitel „Konrad Henlein“ seines Buches „Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück“ (München, 2003)

ausführt, nämlich dass die von Henlein begründete sudetendeutsche Volksbewegung der SdP anfangs noch keineswegs aus Berlin ferngesteuert war. Bevor sich Herr Kellerhoff weiterhin an den Sudetendeutschen abarbeitet, sollte er besser diejenigen ins Blickfeld rücken, die 1935 tatsächlich für Hitler und das „Dritte Reich“ votierten: die Saarländer. Diese stimmten, nachdem das Saargebiet als Folge des 1. Weltkriegs gemäß dem Versailler Vertrag 1920 für 15 Jahre einer Völkerbundregierung unterstellt worden war, am 13. Januar 1935 mit überwältigender Mehrheit, genauer gesagt 90,8 Prozent, für eine Rückkehr in das Deutsche Reich.
 Während den vertriebenen Sudetendeutschen ihre 68 Prozent für die SdP von 1935 bis auf den heutigen Tag vorgeworfen werden, ist die Wahlentscheidung der Saarländer im selben Jahr, mittels derer sie sich zu über 90 Prozent sehenden Auges und ohne Not auf die Seite Hitler-Deutschlands schlugen, längst kein Thema mehr.

Dr. Walter Kreul, Germering/D.

Vertriebenen-Gedenkstätte am Attersee

Am Eingang zur Burggrabenklamm in Steinbach am Attersee befindet sich eine von Sudetendeutschen Vertriebenen errichtete Andachtsstätte mit der Beschriftung: „Den verstorbenen Heimatvertriebenen“. Auf einer weiteren Tafel: „Krieg, verlorene Heimat, Krankheit; Gottesmutter half darüber hinweg. Ein Gelübde und Dank hierfür, diese im Jahre 1972 errichtete, am 17. 09. 1072 geweihte Andachtsstätte. (Familien Buritsch und Kraft)“.

Maria und Eduard Buritsch stammten aus Nikolsburg, lebten bis 1945 in Prag, von wo sie dann nach Mistelbach im Weinviertel kamen. Als Redakteur bei der dortigen Zeitung bekam Herr Buritsch wegen seiner Artikel Probleme mit der russischen Besatzung und sie zogen an den Attersee, wo sie das Gasthaus „Zum Jägerwirt“ in Steinbach kauften. Aus Dank für die neue Heimat, und dass er Krieg, Gefangenschaft und einen Herzinfarkt überlebte, errichtete Herr Buritsch zusammen mit seinem Neffen und Nachfolger Gerhard Kraft die Gedenkstätte „Maria Klamm“. Als große Marienverehrer ließen sie dafür eine Marienstatue aus einem Steinbruch in St.Margarethen im Burgenland herstellen. Nach dem

Tod von Herrn Buritsch kümmerte sich seine Frau und anschließend Herr Gerhard Kraft mit seiner Gattin Leopoldine um die Andachtsstätte. Frau Leopoldine Kraft zog nach dem Tod ihres Gatten zur Tochter ins Weinviertel.

Eine Fahrt an den Attersee und ein Besuch dieser liebevoll errichteten und noch immer schön gepflegten Gedenkstätte lohnt sich auf jeden Fall, denn jeder von uns hat einen Grund, dankbar zu sein.



Europäischer Denkmalschutz-Preis geht nach Kukus/Kuks

Das Barockspital im nordostböhmisches Kukus/Kuks hat den renommierten europäischen Denkmalschutzpreis erhalten. Die Auszeichnung wurde am Montagabend im finnischen Turku verliehen, noch sieben weitere euro-

päische Kulturdenkmäler wurden mit dem Preis geehrt. Hinter dem europäischen Denkmalschutz-Preis steht die Organisation Europa Nostra, er wird seit 15 Jahren vergeben und ist mit 10.000 Euro dotiert.

Städtewappen

Die Sudetenpost startet ab dieser Ausgabe eine Serie, in der die umfangreichen historischen Überblicke zahlreicher Städte veranschaulicht werden. Gestartet wird mit Reichenberg.

Reichenberg

1352 wird »Reychinberch«, eine Gründung des 13. Jahrhunderts, erstmals genannt; 1360 »Reichenberg« mit einer Kirche, 1411 »Habersdorff alias (in) Reychemberg« und umgekehrt; 1454 »Stetchin (!) Richemberg«, 1592 »Lichberk«, 1634 »Reichenberga sive Libercum«, 1654 »Reichenberg mesto« (Stadt!) (Profous II, 5 8 2 f.).

Reichenberg gehörte zur Herrschaft Friedland, die 1278 bis 1551 die Herren von Biberstein innehatten. 1558 gab Ferdinand I. Friedland mit Reichenberg, das vorher an Markgraf Georg Friedrich von Hohenzollern verpfändet worden war, dem Freiherrn Friedrich von Redern (Rädern), dessen Enkel Christoph wegen seiner engagierten Beteiligung an



dem Ständeaufstand von 1618 Böhmen nach 1620 verlassen musste. Ab 1622 gehörte die Herrschaft dem Generalissimus Albrecht von Waldstein, ab 1634 den Grafen Gallas (später Clam-Gallas), das Schloss Friedland bis 1945. 1421 von den Hussiten und 1469 im Landkrieg gegen König Georg niedergebrannt, erlebte Reichenberg seit dem 16. Jahrhundert durch Tuchgewerbe, -handel und -industrie einen schnellen wirtschaftlichen Aufstieg. Am 7. 1. 1786 bekam die Stadt eine eigene Gerichtsbarkeit und am 9.12.1850 den Status der - nach Prag - ersten Stadt in Böhmen (vor Pilsen, Budweis und Aussig; Ordnung von 1547), die später »Hauptstadt« der Sudetendeutschen wurde. Zusammen mit zwei Jahrmärkten (13. 6. und 11. 9.) und dem Recht auf grünes Siegelwachs verlieh Rudolf II. dem »Städtlein Reichenberg« am 11.4.1577 folgendes Wappen:

In Silber zwei rote Türme mit je einem schwarzen Tor, Schießscharte und Fenster sowie vier Zinnen und rotem Spitzdach mit goldenem Knauf und blauem Fähnchen, verbunden durch eine rote bezinnte Mauer mit offenen goldenen Torflügeln und hochgezogenem Gatter mit eisernen Spitzen, darüber ein blauer Schild mit silbernem Rad (Freiherrn von Redern); auf der Mauer ein goldener gekrönter, doppelschwänziger rotbewehrter Löwe. Dieses Wappen sollte laut Verleihung auf

dem kleinen »Stadt-Siegel« angebracht werden mit der vorgegebenen Umschrift: Sigillum oppidi Reichenbergensis (WBf erhalten?; Text publ. MVGDDB 1864, 150f., Heraldická ročenka 1977, 88, Zelenka-SZ 9.10.81; Abb. Des WBfs Zvolzky 1949, die angegebenen silbernen Beschläge des Tores wurden schon damals schwarz bzw. gold wiedergegeben; nach dem WBf schuf Glashüttenmeister Kaspar Schürer von Waldheim 1603 eine Wappenfensterbutzenscheibe, Löwe ohne Krone, s. Ruda 21, Abb. 16).

Den Wappenentwurf erarbeitete schon 1575 der Zittauer Maler Tobias, für die Wappenverleihung zahlte Reichenberg 5 Schock und 54 Groschen (Ruda 79-81). Ein Siegel aus der Zeit unmittelbar nach der Verleihung ist nicht bekannt, dagegen

weiß man, dass sich Reichenberg bereits 1559/60 eines bediente und 1569 dem Goldschmied Jörg Lohrmann die Anfertigung eines neuen Gemeinde- und Gerichtssiegels anvertraute (Ruda w. v., ersteres bezeichnet er als »Stadtsiegel«;

fälschlich schreibt er, dass Rudolf II. auch das große Stadtsiegel genehmigte). 1655 legte sich Reichenberg ein neues Typar, 36 mm Ø, mit der gleichen Umschrift zu, das im Schildfuß mit 16R55 datiert ist; auf diesem wurde die Fensterzahl erweitert - so die Zeichnung (nach einem Abdruck vom 2.7.1689 Liska & Mucha 135 f., Siegel-Tafel 21); vielleicht ist dieses Jahr mit der Genehmigung des roten Siegelwachses gleichzusetzen.

Als farbige Papiersiegelmarke STADT-RAT MAGISTRAT darunter +REICHENBERG+ wurde dieses Siegelbild bis ins 20. Jahrhundert benutzt (Sudetendeutsches Archiv München). Nach Ruda (w. v.) sollte nach 1939 der Löwe im Wappen durch ein Hakenkreuz ersetzt werden. Das Gerichtssiegel, ca. 28 mm Ø, +SIGILLVM:DERR:GERICHTS ZV REICHENBERG, seitlich des Schildes mit 1635 datiert, zeigt eine vereinfachte Wappendarstellung: nur die Mauer mit offenem Tor, dem Redernschen Wappen und dem Löwen, ohne die Türme, darunter im Schildfuß ein >R< (Liška & Mucha w.v.). Nach 1945 wurden die Fähnchen an den Türmen zeitweise silber-rot geteilt geführt. Die Stadtfahne wurde bis 1945 von einem blauen Blatt mit dem Wappen darauf gebildet; etwa bis 1848 soll Reichenberg rotweiße Stadtfarben geführt haben.

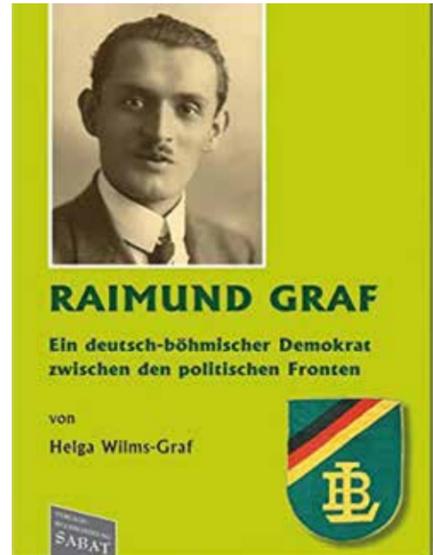
Wir haben gelesen

Raimund Graf: Ein Demokrat zwischen den politischen Fronten

Was weiß der Medien-Konsument von heute schon über die vielfältige, man kann auch sagen: zerklüftete sudetendeutsche Parteienlandschaft vor dem „Anschluss“? Die Fokussierung auf die SdP Konrad Henleins und deren spätere Verschmelzung mit der NSDAP hat einer asymmetrischen Betrachtungsweise Vorschub geleistet. Der „Aktivismus“, also die Anstrengungen bürgerlicher und sozialdemokratischer Politiker, sich in den tschechoslowakischen Staat einzubringen, ist von der Geschichtsschreibung lange ausgeblendet worden. Es wäre ja sonst das Klischee von den gezielt auf Verweigerung setzenden illoyalen Deutschen zertrümmert worden. Über den gemeinsamen Staat CSR bejahenden Bund der Landwirte (BdL) zum Beispiel liegen bislang drei allerdings lückenhafte - Dissertationen vor, in denen auch auf das Schicksal des BdL-Generalsekretärs Raimund Graf (1893-1968) eingegangen wird, der sich bis zum Schluss für einen Aus-

gleich zwischen Tschechen und Deutschen einsetzte und für den Erhalt seiner Heimat kämpfte - gedemütigt von eigenen Landsleuten.

Ein Lebensbild dieses Juristen aus Barzdorf am Roll, Gerichtsbezirk Niermes, wird jetzt in dem 2016 erschienen Buch „Ein deutsch-böhmischer Demokrat zwischen den politischen Fronten“ gezeichnet. Autorin ist die in Aussig geborene und im oberbayerischen Tutzing lebende Historikerin Helga Wilms-Graf. Sie ist die Tochter des Protagonisten. Verständlich, dass sie vom Willen beseelt ist, den verehrten Vater, einen „stillen Kämpfer für Freiheit und Recht in Böhmen“ der Vergessenheit zu entreißen; Professor Ferdinand Seibt, ein Landsmann, hatte sie dazu ausdrücklich ermuntert. Solche Vorhaben stehen meist in Gefahr, Personen und ihr Schaffen zu überhöhen. Vermutlich war dass auch der Verfasserin bewusst, sie lässt deshalb so viel wie möglich den Vater selbst zu Wort kommen, aber auch Parteifreunde, Mitar-



beiter und Gegner, darunter Gustav Hacker, der letzte BdL-Vorsitzende und spätere hessische Landwirtschaftsminister (GB/BHE), der im März 1938 die sudetendeutsche Landwirtepartei „widerrechtlich aufgelöst“ hatte. Zustande gekommen ist auf diese Weise eine Beschreibung der Erfolge und Niederlagen des BdL wie der anderen „aktivistischen“ Parteien (Sozialdemo-

kraten und Christlich-Soziale) und der „Jahre der Entscheidung“ (1935-38).

„Woher“, fragt Wilms-Graf, „nahmen damals die BdL-Politiker die Kraft, gegen drei Fronten weiter anzukämpfen? Gegen die nationalistischen Jungen in den eigenen Reihen, gegen die Henlein-Leute und gegen die nationalistischen tschechischen Parteien, die durch Henlein Nahrung bekommen hatten.“ Die Verfasserin vermutet: durch den Glauben an die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Völker in Mitteleuropa. Raimund Graf musste sich nach München 1938 ins Exil begeben. 1945 kehrte er zurück, tschechische Milizen vertrieben ihn aus seiner böhmischen Heimat. Nach Stationen in Sachsen und Thüringen kam er ins oberbayerische Tutzing. Dort liegt er auch begraben. (fac)

Helga Wilms-Graf:

Ein deutsch-böhmischer Demokrat zwischen den politischen Fronten, Verlagsbuchhandlung Sabat, 291 S., ISBN 978-3-943506-40-2, 24,95 EUR

Die neue Völkerwanderung und das Versagen der Politik Professor Hans-Peter Schwarz warnt vor einer Katastrophe in Europa

Es sind Hammersätze. Europa drohe eine neue Völkerwanderung, der alte Kontinent werde aus eigenem Verschulden von den Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten überrollt; wenn nichts geschehe und das zu einem „uferlosen Flüchtlingsrecht“ verkommene Asylrecht nicht endlich schärfer gefasst werde, stehe Europa bald vor einer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe ungeahnten Ausmaßes. Diesen Befund hat nicht ein in apokalyptische Szenarien verliebter Autor zu Papier gebracht, es handelt sich vielmehr um eine scharfsinnige, sagen wir ruhig auch: zornige Analyse aus der Gelehrtenstube des Zeithistorikers Hans-Peter Schwarz, eines angesehenen emeritierten Politikwissenschaftlers der Bonner Friedrich-Wilhelm-Universität. Der inzwischen 83 Jahre Schwarz ist ein intimer Kenner der deutschen Nachkriegsgeschichte, ein Chronist



der alten Bundesrepublik-West. Er hat mehrere Bände über Konrad Adenauer und die CDU verfasst, von ihm stammt auch eine Biographie des Großverle-

gers Axel Cäsar Springer, und viele Jahre lang hat Schwarz als Leitartikler der Zeitung „Die Welt“ in tagespolitische Debatten eingegriffen - stets mit einer kritischen Sympathie für die deutschen Unionsparteien CDU und CSU. In seinem aktuellen Buch „Die neue Völkerwanderung nach Europa“ beschreibt er, was ihn am meisten stört: der Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten. Er will gar nicht in Abrede stellen, dass es, vor allem 2015/16, humanitäre Beweggründe gegeben hat, die unter der Kanzlerschaft von Angela Merkel zu einer Ausweitung des Asylrechts führten. Aber bei einer Abwägung aller Umstände scheint dem Autor die Berufung auf eine „Gesinnungsethik“ zu simpel.

Er fragt ganz konkret: Wäre nicht eine „Verantwortungsethik“, die auch die Folgen eines ausgeweiteten humanitären Handelns bedenkt, angebrachter

gewesen? Das Urteil von Hans-Peter Schwarz steht fest: „Nie zuvor in den 65 Jahren bundesdeutscher Geschichte hat eine Bundesregierung ein derartiges Chaos verschuldet und seine Fortsetzung wie gelähmt toleriert.“ Der Politikwissenschaftler belässt es nicht bei der Analyse der Fehler in der deutschen und europäischen Asylpolitik. Er plädiert für eine Veränderung des Asylrechts, für eine Sicherung der Außengrenzen der EU und für eine glaubwürdige Hilfe „vor Ort“ in den Herkunftsländern der Migranten. Dabei verhehlt Professor Schwarz nicht, dass er sich, was diese aus seiner Sicht notwendigen Schritte angeht, eher als ein „Rufer in der Wüste“ versteht. (fac) Hans-Peter Schwarz: „Die neue Völkerwanderung nach Europa. Über den Verlust politischer Kontrolle und moralischer Gewissheiten.“, DVA, München 2017, 256 S., 19,99 EUR

Sudetenpost in Farbe

Liebe Leser!

Die Ausgabe dieser Sudetenpost ist eine Sondernummer, die Bilder wurden diesmal voll in Farbe gedruckt.

Die Sudetenpost kann auch zukünftig farbiger erscheinen, wenn dies auf breite Akzeptanz stößt. Bitte teilen Sie uns Ihre Anregungen dazu mit! (Ansprechpartner siehe Impressum)

Die Redaktion

8. Mai 1945 von Jenny Schon

Millionen tot, Glocken läuten
die Überlebenden feiern
Opa verschleppt ins KZ, Oma und Tante
als tschechische Zwangsbäuerin, Kinder hungern
Mutti vergewaltigt, Erschlagene auf den Straßen
Blut spritzt bis an unsere Wände
Auf der Armbinde stigmatisiert
huscht Mutti zur Arbeit ins Postamt
Das Kind weint, tschechische Soldaten

beschlagnahmen die Wohnung, ab ins Lager
Wanzen fallen von der Decke,
Drahtgestelle quietschen, elendes Metall
rostet vom Schweiß, alte Männer husten
Waggons stehen bereit, vollgepfropft
mit Frauen und Kindern. Weg mit Euch
deutsches Pack
Millionen werden folgen,
die Geschichtsschreibung nennt das Transfer

<http://geest-verlag.de/news/jenny-schon-8-mai-1945>

„Das am besten gehütete Geheimnis des Zweiten Weltkrieges“

Gleichgültigkeit und Unwissen: Wann wird die Berliner Ausstellung über die Vertreibung eröffnet?

Die geplante Dauerausstellung der Berliner Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ und der immer wieder hinausgeschobene Termin der Fertigstellung dieses „sichtbaren Zeichens“: Wieder einmal gilt in diesen Spätfrühlingstagen, 72 Jahre nach der Vertreibung, das Prinzip Hoffnung. „Meine Hauptaufgabe ist es, das Haus in verantwortbarer Zeit zu eröffnen“, sagte die Direktorin Gundula Baven-damm der vom Bundestag herausgegebenen Zeitung „Das Parlament“ (Ausgabe vom 8. Mai).

Die vorsichtige Formulierung deutet darauf hin, dass noch einige Überraschungen zu erwarten sind. Wenn alles gut geht, wird die Dokumentationsstätte am Anhalter Bahnhof (3.000 Quadratmeter auf drei Etagen) erst 2020 für Besucher zugänglich sein.

Sie soll eine „Leerstelle“ in der breitgefächerten Museumslandschaft der deutschen Hauptstadt ausfüllen „auf Augenhöhe mit dem Mahnmahl der ermordeten Juden Europas und der Topographie des Terrors“ (Bavendamm). Die Kosten von ursprünglich geschätzten 36 Millionen Euro werden inzwischen auf mehr als 53 Millionen Euro pa taxiert.

Das ist die rein materielle Seite des Problems der Stiftung. Die andere, weit wichtigere betrifft die historische und politische Komponente, die immer wieder für Debatten und Streit über das „sichtbare Zeichen“ sorgt, auch in den für die Dokumentation verantwortlichen Stellen. Warum das so ist, dieser Frage haben sich auch ausländische Experten angenommen, meist in größerer Ruhe und Sachlichkeit als viele ihrer deutschen Kollegen. Innerhalb Deutschlands, so hat der an der Colgate University in Hamilton (New York) lehrende Professor R. M. Douglas in seinem Buch „Ordnungsgemäße Überführung“ (2013) zu bedenken gegeben, habe sich nach dem Krieg die Kontroverse um den Umgang mit den Vertreibungen fast nur um „Erinnerung“ statt um „Geschichte“ gedreht. Es stand die Frage im Mittelpunkt, wie man sich an sie erinnern und sie darstellen soll, nicht woran erinnert werden soll. Douglas vermisst in Wissenschaft und Öffentlichkeit einen stabilen Konsens darüber, was mit der deutschsprachigen Bevölkerung Mittel- und Südosteuropas zwischen 1944 und 1950 geschah. Über fast alle wichtigen Punkte herrschten nach wie vor große

Meinungsverschiedenheiten und noch größere Verwirrung über grundlegende Fragen, schrieb er in seinem analytischen Werk.

Der Wissenschaftler zählte auf: Wie hoch war die Zahl der Todesopfer während der Vertreibung? Wie viele Menschen waren unter welchen Bedingungen vor ihrer Deportation interniert? Lag die Hauptverantwortung bei den Vertreibungsstaaten selbst, bei der Sowjetunion oder den Westalliierten? Bedeuteten die Vertreibungen einen Bruch des Völkerrechts? Douglas liegt vermutlich nicht falsch, wenn er Gleichgültigkeit und Unwissen unter Historikern und in der Öffentlichkeit konstatiert, die einem produktiven und sachlichen Umgang mit der Geschichte der Vertreibungen entgegenwirken.

Gewiss, es gibt eine Bibliographie von Gertrud Krallert-Sattler, die 1989 mehr als 4.000 Titel auflistete, die sich mit verschiedenen Aspekten der Vertreibung befassen. Diese Zahl dürfte in den vergangenen 27 Jahren noch gestiegen sein. „Die große Mehrzahl dieser Studien konzentrierte sich aber auf die am wenigsten umstrittene Dimension der Vertreibungen: die Neuansiedlung und Integration der Vertriebenen in der

Bundesrepublik Deutschland und Österreich. Die meisten wandten sich an ein Fachpublikum“, bedauerte Douglas. Und er vergaß auch nicht die oft zitierte Untersuchung des Bonner Hauses der Geschichte zu erwähnen, die 2002 zu dem erschütternden Ergebnis kam, dass nur zehn Prozent der Befragten die Zahl der Vertriebenen einigermaßen korrekt einordnen konnte, bei Personen unter 30 Jahren waren es nur vier Prozent. Kommentar des Historikers: „Das sind bemerkenswerte Ergebnisse, wenn man bedenkt, dass heute fast drei von zehn Deutschen selbst vertrieben wurden oder die Kinder oder Enkel von Vertriebenen sind...Während die Geschichte der Vertreibungen in Deutschland zu wenig bekannt ist, kann man für den Rest der Welt ohne Übertreibung sagen, dass sie bis heute das am besten gehütete Geheimnis des Zweiten Weltkriegs sind.“ Das „sichtbare Zeichen“ am Anhalter Bahnhof in Berlin könnte, wenn es denn endlich fertig wird, endlich dazu beitragen, dass das „Geheimnis“ endlich gelüftet wird. „Glückliches Ende in Sicht“ titelte die Zeitung „Das Parlament“. Bleibt zu hoffen, dass der Optimismus begründet ist. (fac)

George Orwell („1984“) in Hollabrunn

Münchener Abkommen bei Ausstellung im deutschen Text weggelassen!

Am 20. Mai 2017 fand die Ausstellungseröffnung „drent & herent“ im Stadtmuseum „Alte Hofmühle“ in Hollabrunn vor über einhundert Besuchern statt. Dipl.-Ing. Katrin Ecker, MA stellte die Herangehensweise an das gemeinsame Projekt mit Znaim „Zum Leben



an der Grenze“ vor. Dr. Jiří Kacetyl, er war für Znaim/Okres Znojmo (Südmähren/Jihomoravský kraj) zuständig, sprach Grußworte an die Versammelten. Erwin Bernreiter, der Bürgermeister der Stadtgemeinde Hollabrunn, erinnerte daran, dass im behandelten Zeitraum von 1848 – dem Ende der Grundherrschaft – bis heute, die Menschen Zeugen des Aufstiegs und des Falls von fünf politischen Systemen wurden. Wenn man in früheren Zeiten der Monarchie etwas als Hollabrunner zu erledigen hatte, fuhr man eher nach Znaim als nach Wien. Heute besuchen eher die Heimatvertriebenen die früheren Elternhäuser „drüben“. Mit Blick auf die grenzüberschreitende Kulturvernetzung und begleitet von viel Beifall eröffnete Bgm. Bernreiter die zweisprachige Ausstellung.

Historische Panne führte zu Diskussionen

Auf einer Tafel mit Jahreszahlen und dazugehörigen Ereignissen war bei 1938 aufgefallen, dass NS-Okkupanten

Südmähren annektiert hätten – beim tschechischen Text war sehr wohl das Münchener Abkommen als Grundlage für die Inbesitznahme des Gebietes durch Deutschland angegeben. Nach 20 Jahren Tschechisierungspolitik nahm sich Deutschland unter Adolf

Hitler der unterdrückten sudetendeutschen Volksgruppe an. Großbritannien, Frankreich, Italien „reparierten“ das Friedensdiktat vom 10. September 1919 von St. Germain. Durch die Prager Abtretung vom 21. September 1938 stimmte die ČSR zu, dass die mehrheitlich deutschen Gebiete der ČSR an das Deutsche Reich angeschlossen werden! Im Münchener Abkommen vom 29./30. September 1938 wurde dann nur mehr die Übergabe vom 1. bis 10. Oktober 1938 festgelegt.

Die Ausstellung ist bis 10. September 2017 Sonn- und Feiertags von 9.30 bis 12 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung geöffnet.

Das Buch zur Ausstellung (zweisprachig): drent & herent (U nich i u nás) Zum Leben an der Grenze (Jak se žilo a žije v pohraničí)

Ernst Bezemek, Friedrich Ecker, Katrin Ecker, Dr. Jiří Kacetyl, 96 Seiten, Karton-einband, bebildert, Farbdruck, € 20,- © Hollabrunner Museumsverein, Hg. Mühlenring 2, 2020 Hollabrunn www.altehofmuehle.at



Mai- und Muttertagsfeier des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bad Nauheim

Zu einer Maifeier, auch im Hinblick auf den bevorstehenden Muttertag, hatte der Bund der Vertriebenen in das Erika-Pitzer-Begegnungszentrum nach Bad Nauheim eingeladen.

Ein Höhepunkt war der Auftritt des Harmonika-Duos Karin Liedtke und Rudi Mohr von der Musikgruppe des BdV Biebesheim-Dornheim. Die beiden spielten und sangen mit einer solchen Begeisterung, dass es einige Besucher nicht auf ihren Stühlen hielt und unter Beifall der Anwesenden das Tanzbein schwingen.

Helmut Körner erinnerte daran, dass der Mai Wonnemonat - zu Ehren seiner Beschützerin - auch Marienmonat genannt wird. Dass die Gottesmutter Ansprechpartnerin in vielen Nöten sei, habe er während eines Gottesdienstes

im Marienhain (an Marias Wohnort in Ephesus) erleben können. Daran hätten auch viele junge muslimische Frauen andächtig teilgenommen.

„Es seien aber nicht nur die weltbekannten Wallfahrtsorte Lourdes, Guadeloupe oder Fatima die Hilfesuchende anziehen“ so Körner, „sondern auch gerade in unseren vertrauten Sudetendländern Orte wie Maria Loreto, Maria Kulm, Mariaschein oder der Heilige Berg Příbram.“ Alle namhaften Dichter und Komponisten hätten sich Maria angenommen und wundervolle Gedichte und Lieder geschrieben. Man habe allein an die 1500 Versionen des Ave Maria aufgelistet, von denen aber sicher die von Franz Schubert und Charles Gounod, die bekanntesten sind.

Wien

www.sloe-wien.at

„Bruna“ Wien

BRUNA - Heimatnachmittag am Samstag den 06.05.2017

Zu diesem Nachmittag sind wieder einige Mitglieder und Gäste gekommen. Nach längerer Zeit kam wieder einmal unser Mitglied Helmut Schneider aus Maria Enzersdorf zu uns. Nach den Mitteilungen des Vorstandes begannen wir die Muttertagsfeier und unsere Landsleute wurden zunächst mit guten Torten und Kaffee bewirtet, wovon Obfrau Stellvertreterin Hedy Sburny eine selbstgebackene Sachertorte mitbrachte und anschließend gab es Brötchen und Wein, was zum kulinarischen Teil beitrug. Bevor wir mit dem Muttertagsprogramm begannen, gedachten wir der Mütter der Vertreibung vom 31. Mai 1945 vor 72 Jahren, die am Brünner Todesmarsch verstarben und an jene die unter Krankheit, Demütigungen und vieler Qualen überlebten, die sie mit ihren Kindern erleiden mussten. Der Vorstand, Gabi und Eugen Czismar trugen Muttertags- und Frühlingsgedichte vor. Bei den Frühlings- und Maienliedern sangen die Landsleute gerne mit. Es wurden Lieder gesungen wie, „Freut Euch des Lebens“, „Der Mai ist gekommen“, „Kein schöner Land“, „Wahre Freundschaft“ u.v.m. Im Gedenken und zu Ehren aller Mütter eines unserer Gedichte: „Ich sag dir, wer die Mutter ist – das Herz, das niemals dich vergisst, die Hand, die dienend sich verschenkt, der Geist, der die Geschicke lenkt, der Mensch, der dich geboren hat, die Rose, die die Lieb dir gab, Seele die hält und selbstlos gibt, die erst Frau, die du geliebt. Zuflucht und ein warmes Nest, das dich nicht hungern frieren lässt, das Daheim für Kind und Mann, weil Gott nicht überall sein kann.“ Nach den Darbietungen nahm unsere Muttertagsfeier bei gemütlichem Beisammensein ihren schönen Ausklang. Wir weisen auf unsere letzten Termine im Juni hin: Samstag den 10.06.2017 um 15:30 Uhr ist der letzte Heimatnachmittag vor der Sommerpause und unsere Gräberfahrt ist am Donnerstag (Fronleichnamstag) den 15.06.2017, Abfahrt um 09:00 Uhr zu den Massengräbern des Brünner Todesmarsches zwischen Drasenhofen und Stammersdorf. Sonntag den 18.06.2017 um 15:00 Uhr Gedenkmesse der Bruna - Wien und mit dem Humanitären Verein der Schlesier in der Deutsch-Ordens-Kirche 1010 Wien, Singerstrasse 7. Die Predigt hält Domdekan von St. Stephan Prälät Karl Rühringer. Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme an unseren Zusammenkünften noch vor der Sommerzeit!

Totengedenkmesse der Heimatvertriebenen der BRUNA -Wien und des Humanitären Vereins der Schlesier am Sonntag den 18. Juni 2017 um 15:00 Uhr in der Deutsch-Ordens-Kirche in 1010 Wien, Singerstrasse 7 und Domdekan von St. Stephan Prälät Dr. Karl Rühringer wird die Gedenkmesse zelebrieren
Der Brünner Todesmarsch war Teil der Vertreibung der deutschen Bevölkerung Mährens und begann vor 72 Jahren am 31. Mai 1945 dem Fronleichnamstag und führte über die Gemeinde Pohrlitz / Pohorelice an die tschechisch / österreichische Grenze bis nach Wien. Die deutschen, ursprünglich altösterreichischen Einwohner von Brünn / Brno sind während der sogenannten „wildem Vertreibung“ gezwungen worden, die Stadt zu verlassen.
Massengräber und Gedenksteine in Niederösterreich zwischen Drasenhofen und Wien-Stammersdorf, sowie in Pohrlitz, erinnern an die schrecklichen Ereignisse im Jahre 1945. Am 16.09.1989 wurde für die in der Not des Jahres 1945 umgekommenen deutschen Bürger von Brünn und der Sprachinsel im Eingangsbereich der Deutsch-Ordens-Kirche eine Weihestätte errichtet und eine Gedenktafel vom damaligen Erzbischof von Wien Hans Hermann Groer enthüllt.

Der Humanitäre Verein der Schlesier setzt sich aus mehreren Heimatgruppen zusammen (Freudenthal, Jägerndorf, Bennisch,...) und wurde im Jahre 1899 gegründet. Nach dem Krieg gab er Hilfestellung für bedürftige Lands-

leute aus Schlesien, die in Wien ihren Neuanfang bewältigen mussten.

Die Schutzpatronin der Schlesier ist die Hl. Hedwig und wird am 16. Oktober gefeiert. Die Statue der Hl. Hedwig befindet sich in der Kirche am Leopoldsberg. Da der Verein an diesem Tag die Messe nicht mehr abhalten kann, hat sich der Humanitäre Verein der Schlesier der BRUNA-Wien angeschlossen um eine gemeinsame Gedenkmesse zu feiern.

Gräberfahrt zu den Massengräbern der Opfer des Brünner Todesmarsches am Donnerstag-Fronleichnam den 15. Juni 2017 um 9:00 Uhr

Am 31. Mai 1945, dem Fronleichnamstag wurden an die 30.000 deutsche Bürger beim Brünner Todesmarsch brutal aus ihrer Heimat vertrieben, die Hälfte der damaligen deutschen Bevölkerung Brünns von rund 60.000. Der Marsch bestand hauptsächlich aus Frauen, Kindern, Säuglingen und alten Leuten. Rund 5200 Opfer kamen während des Marsches oder unmittelbar danach um. Todesursache waren zumeist Entkräftung, Hunger, Durst und Typhus, aber auch die Erschießung durch tschechische Begleitmannschaften. Der Brünner Todesmarsch wurde vorwiegend von den tschechischen Arbeitern der Brünner Waffenwerke geplant und organisiert.

In zahlreichen Ortsfriedhöfen an der Strecke des Todesmarsches in Österreich erinnern Gräber und Gedenksteine an diese traurigen Ereignisse, wie in Drasenhofen (186 Tote), Poysdorf (122 Tote), Mistelbach (131 Tote), Wolkersdorf (27 Tote), Purkersdorf (194 Tote), Bad Pira-warth (12 Tote), Wilfersdorf (32 Tote), Erdberg (82 Tote), Wetzelsdorf (14 Tote), Herrnbäumgarten (8 Tote), Steinebrunn (55 Tote), Hollabrunn (67 Tote), Wien-Stammersdorf (105 Tote) und Eisenerz (46 Tote).

Seit 1955 wird von der BRUNA-Wien der Heimatvertriebenen Toten des Brünner Todesmarsches vor 72 Jahren jährlich am Fronleichnamstag auf den Friedhöfen zwischen Drasenhofen und Wien - Stammersdorf, gedacht. An den vom Schwarzen Kreuz betreuten Kriegsgräbern werden Buketts niedergelegt und für die Opfer der brutalen Vertreibung gebetet. Weitere PKW's können sich der Gräberfahrt anschließen!

Anfragen an Obfrau: Ulrike Tumberger
Hdy.-Nr.: 0676 374 33 62 abends ab 18:00 Uhr,
E - Mail: christiane.tumberger@aon.at

Ulrike und Christiane Tumberger

Bund der Nordböhmern

Bericht Mai-Treffen 2017

Die Zusammenkunft im Mai war Samstag, den 13. wieder im Wieden-Bräu. Diesmal waren außer den Stammbesuchern auch Inge Prinz und ihr Enkel Florian sowie unsere Töchter und ein Schwiegersohn und die beiden Enkelinnen Johanna und Valerie mit dabei. Der Obmann begrüßte zu Beginn die anwesenden Landsleute und bestellte Grüße von jenen, die am Kommen verhindert waren. Er gratulierte den Geburtstagskindern – es waren drei anwesend, wobei Heike und Florian am selben Tag feiern können, es liegen nur einige Jahrzehnte dazwischen. Sodann überreichte Dieter Kutschera allen Damen anlässlich des Muttertags eine Rose.

Erika Örtel, wieder gesundet, überraschte uns mit der Aussicht auf ein neues Trefflokal mit einem selbst verfassten Gedicht auf den ersten Elefanten in Wien, der in Simmering zur Schau gestellt wurde.

Anschließend begann unsere Frühlings- und Muttertagsfeier. Gleich zu Beginn meldete sich Susanne Peterseil mit einem Gedicht in Isergerbirger Mundart aus ihrer Feder „Was schenk ma der Mutter?“ Die Lösung auf diese schwierige Frage wusste die Tante der Kinder: „Schenkt ihr doch Zeit!“ Dann wechselten Frühlingslieder und Gedichte sowie eine Erzählung zum Muttertag einander ab. Unterstützt wurde ich von Inge Prinz und Inge Mattausch – und von Petrus, der uns Sonnenschein bescherte. Somit saßen die anderen Gäste draußen im Biergarten, und unsere kurze Feier konnte in Ruhe abgehalten werden.



Am 20. Mai heirateten unser Landsmann Wolfgang Svoboda mit Wurzeln in Windisch Kamnitz und seine Elfriede in Wien, Maria Brunn. Eine kleine Abordnung unserer Heimatgruppe in Tracht und mit Fahne nahm an diesem großen Ereignis teil. Die vielen Hochzeitsgäste erlebten in der barocken Wallfahrtskirche eine schöne Brautmesse mit Jugendchor und Solisten. Beim Auszug aus der Kirche empfing uns auf dem Vorplatz ein Fanfarenzug. Zur Agape gab es einen weiteren Ohrenschaus, es spielte eine Drehorgel. So war diese Hochzeit nicht nur für das Brautpaar, sondern für alle Gäste ein unvergessliches Erlebnis.

Herta Kutschera

Schönhengstgau in Wien

Das monatliche Heimattreffen fand diesmal am 11. Mai 2017 bei herrlichem, frühlinghaftem Wetter statt. Unser Obmann, Rainer Schmid, überbrachte uns liebe Grüße von Frau Ilse Negrin, die am Nachmittag ihren Hausarzt erwartete und traurig ist, dass sie nicht zum Treffen kommen konnte. Auch Frau Mag. Ingrid Schwab, die sich auf einer Reise befindet, sandte Grüße.

Den Geburtstagskindern unter unseren Landsleuten wünschten wir gleich zu Beginn alles Gute. Es sind dies: Frau Mag. Helga Schmid, geb. Schwarz-Beyreder, geboren am 19.5.(1943) in Pernitz/NÖ, und Frau Gerda Landler, geboren am 26.5.(1940) in Rothmühl.

Von einem Todesfall müssen wir leider auch wieder berichten: In der Karwoche, am 12. April 2017, ist Frau Amalie Stadar, geb. Jäckl aus Muslau – das liegt 10 km südlich von Zwittau – nach schwerer Krankheit und häufigen Krankenhaus-Aufenthalten im 94. Lebensjahr von ihren Leiden erlöst worden. Als treues Mitglied unserer Landsmannschaft hat sie stets an unseren Veranstaltungen und Ausflügen teilgenommen; im Oktober war sie noch bei unserem Heimatabend. Dann haben wir von ihrer Großnichte Elfriede Sarafides monatlich von ihr gehört und Grüße getauscht. Am 28. April 2017 wurde sie in der Pfarrkirche Enzersdorf/Fischa verabschiedet. Wir gaben ihr auf ihrem letzten Weg am Friedhof von Kleinneusiedl/NÖ das letzte Geleit.

Ausgewählte Informationen aus diversen Medien:

Am 9. Mai 2017 wurde bekannt, dass das Literaturarchiv der Niederösterreichischen Landesregierung einen „Teilvorlass“ der aus Auspitz/Südmähren stammenden Schriftstellerin und Lyrikerin Dr. Ilse Tielsch übernommen hat und nach Aufarbeitung für wissenschaftliche Zwecke verfügbar halten wird. Der österreichische PEN-Club verleiht ihr für das Jahr 2017 den angesehenen „Franz Theodor Csokor-Preis“, den sie voraussichtlich im Juni entgegennehmen wird.

Veranstaltungen, die wir besucht haben:

Am 10. Mai 2017 nahmen wir an einer Autobus-Fahrt zum Lipizzaner-Gestüt nach Piber/Stmk teil. Bei strahlendem Sonnenschein genossen wir den Sektempfang im wunderschönen Schlosshof. Anschließend führte uns ein Obergestütmeister durch die weitläufige Anlage der Geburtsstätte der Lipizzaner für die Wiener Hofreiterschule. Wir sahen den Hengststall für Beleghengste und auch Pensionhengste, den Fohlenstall, wo die weißen Mütter mit ihren dunklen Fohlen die ersten Monate verbringen, die Schauschmiede und die weiten Wiesen ihres Auslaufes. Wir hörten Interessantes über die Geschichte und Herkunft der Lipizzaner und sahen Kutschen aus der k. u. k. Hofmonarchie. Nach einem ausgezeichneten Mittagessen war auch für uns eine Kutschenfahrt am Programm.

Auf der Rückfahrt machten wir noch kurz einen Besuch in der sehenswerten Hundertwasserkirche in Bärnbach. Es war ein ganz wunderschöner Tag.

Für den Terminkalender

Am 10. August 2017 treffen wir einander zum schon traditionellen Heurigen-Nachmittag beim Schübel-Auer, 1190 Wien, Kahlenbergerstraße 22. Zugang ist von der Endstation der Linie „D“ durch die Zahnradbahnstraße 17, Beginn ist 15 Uhr 30.

Vom 24. – 27. August 2017 finden in Mährisch Trübau Feierlichkeiten anlässlich „760 Jahre Mährisch Trübau“ statt.

Vom 15. bis 18. September 2017 findet die Schönhengster Kulturwoche in Mährisch Trübau statt;

am 17. September 2017 der „Sudetendeutscher Heimattag“ in Klosterneuburg.

Edeltraut Frank-Häusler

Niederösterreich

Bezirksgruppe St. Pölten



Das monatliche Treffen stand ganz im Zeichen des Ausfluges ins Bäderdreieck Marienbad – Karlsbad – Franzensbad. Es wurden letzte Details besprochen und der Abfahrtspunkt in St. Pölten festgelegt. Zusätzlich ging es um die Teilnahme am 68. Sudetendeutschen Tag in Augsburg, Herr Richter bot die Möglichkeit der Mitfahrt an. Die Veranstaltung war wieder sehr gut besucht und Fam. Hofecker lud die Teilnehmer anlässlich ihres Geburtstages zu einem Gläschen Wein ein.

Nächste Monatssitzung am 16.6.2017, 14:30 Uhr, im Gh Graf.

Franz Wallner



Horn

Der nächste Heimatabend findet am Samstag, dem 1. Juli, ab 16 Uhr im Gasthaus Blie statt. Dort werden auch Details zur Teilnahme am Südmährerkirtag besprochen.

Christian Stefanitsch

Oberösterreich

Bezirksgruppe Enns-Neugablonz-Steyr

Folgende Mitglieder haben im Juli Geburtstag: Helga Duchon am 20. 7., Margareta Eckersdorfer am 4. 7., DI Norbert Fischer am 13. 7., Karl Handorfer am 2. 7., Waltraud Heck am 23. 7., Ingeburg Salzner am 5. 7., Wir wünschen alles, alles Gute, vor allem Gesundheit und noch viele schöne Jahre mit der Familie!

Unsere monatlichen Treffen sind jeden 2. Donnerstag! Das nächste Treffen im Cafe Hofer in Enns ist am 8. Juni 2017 um 15:00 Uhr. Bitte, auch gleich vormerken: Im Juli ist unser Treffen am 13. Juli, ebenfalls im Cafe Hofer um 15:00 Uhr. Wir laden alle Mitglieder herzlich ein.

Wir, die Sudetendeutsche Landsmannschaft Enns-Neugablonz/Steier veranlassen am 22. September 2017, anlässlich des Kulturherbstes Enns einen Vortrag über das Leben und Wirken von unserem Heimatdichter Gustav Leutelt. Er hatte heuer seinen 70. Todestag. Näheres in der Augustausgabe.

Ingrid Hennerbichler

Bezirksgruppe Wels

Allen Landsleuten, welche im Juni Geburtstag feiern, wünschen wir auf diesem Wege alles erdenklich Gute für das neue Lebensjahr. Es sind dies: Frau Margaretha Hecht am 7. Juni, Herr Franz Bucher am 13. Juni, Herr DDr. Alfred Oberwandler am 22. Juni, Frau Berta Eder am 23. Juni, Frau Maria Schreiner am 26. Juni, Herr Hans Schabatka am 26. Juni, Frau Elisabeth Gravits am 28. Juni, Frau Maria Haselsteiner am 30. Juni.

Die nächste Filmvorführung ist für Freitag, den 23. Juni um 15 Uhr im Herminenhof geplant. Es wird „700 Jahre Geschichte des Schönhengstgaues“ gezeigt, wir freuen uns auch hier auf regen Besuch.

Das Büro im Herminenhof ist jeden 1. und 3. Dienstag im Monat besetzt, in der Zwischenzeit Auskünfte bei Rainer Ruprecht (0699 1277 2050)

Wie immer findet der Stammtisch am letzten Dienstag im Monat um 18 Uhr beim Knödelwirt, Gasthof Irger Wels-Neustadt, statt.

Kulturtag in Wels

Ein schönes, gut einstündiges Programm erwartete die zahlreichen Gäste beim 3. Welscher Kulturtag am 13. Mai im Arkadenhof in Wels. Nach einem gehaltvollen Mandolinenkonzert und den Darbietungen eines Jugendorchesters war dann – man kann das ruhig sagen – der Höhepunkt dieses Nachmittags im Arkadenhof. Der gemeinsame Auftritt der „Sudetendeutschen Spielleut“ mit der Volkstanzgruppe der Siebenbürger Sachsen begeisterte die zahlreichen Besucher dieser Veranstaltung. Die jungen Damen und Herren der Sudetendeutschen Spielleut sind Enkel von Landsleuten, die schon in der ersten Generation der Schönhengster Sing- und Spielschar dabei waren. Die Spielleut tragen die Schönhengster Tracht und spielten Sudetendeutsche Volkstänze und



musizierten aber auch zum Tanzen der Siebenbürger Volkstanzgruppe, die Tänze aus Epochen von 3 Jahrhunderten brachten. In diesem historischen Ambiente des Arkadenhofes war es ein besonderer akustischer und optischer Genuss, den beiden Gruppen bei ihren Darbietungen zuzusehen. Die Leiterin der Spielleut, Julia Mörtelmeier, erzählte einiges über die Stücke, die sie spielten, über die Geschichte der Sudetendeutschen und die Entstehung der Sudetendeutschen Spielleut. Sie bewies in den Vorbereitungsarbeiten viel organisatorisches Geschick, um ihre Mitspieler zu den notwendigen Proben zu bringen, die Wirkungsstätten der einzelnen Personen bewegen sich doch zwischen Salzburg und Wien.

Die Stimme der Jugend und mittleren Generationen

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, www.sdjoe.at, Tel. und Fax: 01 / 718 59 13, E-Mail office@sdjoe.at

KÜHLE SPORTWETTKÄMPFE IN TRAUN!
Zum 49. Mal fand am Sonntag, dem 7. Mai auf dem Turnplatz des Allgemeinen Turnvereins der traditionelle „Robert-Gränzer-Gedächtnis-Wettkampf“ Traun statt. Mit gemischten Gefühlen kamen die Teilnehmer am Turnplatz an - starker Regen war vorausgesagt, aber wir hatten Glück. Es war zwar tief wolkenverhangen aber es gab keinen Regen. Die Temperaturen waren aber dementsprechend, es hatte bloß

12 Grad. Aber das machte den Sportlern nicht viel aus.

In Anbetracht der dunklen Wolken begannen wir diesmal mehr als pünktlich. Im Zuge der Öffnung wurde an Robert Gränzer, einem Landsmann aus Troppau, der die Seele des TV Traun durch Jahrzehnte war, gedacht. Die Gruppen und die Stopper, Schreiber, Messer usw. wurden eingeteilt. Alles lief wie immer wie am Schnürchen ab.

Diesmal waren ob der kühlen Temperaturen etwas weniger Teilnehmer als sonst zu verzeichnen. Neben den Trauern konnten wieder eine große Mannschaft vom TV Gmunden 1861 begrüßen, was uns sehr freute. werden, was uns sehr freute. Die Alkovenner waren diesmal nicht dabei. Unser Lm. Helmut Pötzelberger aus dem Böhmerwald hatte sich kurz vorher verletzt - wir wünschen baldige Besserung. Darüberhinaus gab es eine Terminüberschneidung.

Wie immer wurde ein Jedermann-Dreikampf durchgeführt: Laufen, Weitspringen, Kugelstoßen bzw. Schlagballwerfen für die Jüngsten. Die jüngste Teilnehmerin war knapp zwei Jahre alt, der älteste über 76 Jahre. Die Kinder waren mit voller Begeisterung dabei und boten gute Leistungen. Als die Kinder fertig waren, kam die Sonne begann der Wettkampfes für die Älteren. Die Leistungen waren gut und es gab keinerlei Verletzung zu beklagen.

All unseren Freunden aus Traun, voran Obmann Robert Hög, allen „Funktionären“ herzlichen Dank für die Vorbereitungen und die reibungslose Durchführung!
Gefreut hätten wir uns, wenn auch aus den Reihen der Landsleute samt deren Kindern und Enkelkindern mit dabei gewesen wären - aber 2018 ist dies wieder möglich.

++++

In Kürze beginnt wieder die Ferien- bzw. Urlaubszeit, welche zur Erholung und zum Kräftesammeln für den Herbst und Winter dienen soll. Dazu wünschen wir allen Lesern eine schöne Sommerzeit.

++++

In Orlando/Florida - USA fanden die Weltmeisterschaften der Cheerleaders statt. Das



Luna und Nina in Orlando.

erstmalig angetretene „Team Austria“ in der Kategorie „Juniors“ errang sensationell gegen härteste Konkurrenz den ausgezeichneten vierten Platz. Unter den 27 Mädchen aus fünf heimischen Vereinen waren auch unsere Mädchen - Luna Zeihsel und Nina Ringl - dabei! Wir gratulieren recht herzlich und wünschen weiterhin viel Erfolg. Einen Bericht findet man auf den Vorderseiten.

++++

Vorsprachen sind jeweils an den Mittwochen ab 16 Uhr im Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25/Hoftrakt/2.Obergeschoß nach vorheriger Terminabsprache (Tel./Fax: (01) 718-59-13, E-Mail: office@sdjoe.at) möglich. Rückrufmöglichkeit bitte angeben!

++++

Montag, 12. Juni: Letzter Übungsabend des Sudetendeutschen Volkstanzkreises vor den Ferien. Beginn 19 Uhr im Haus der Heimat, Wien 3, Steingasse 25/Hoftrakt/2.OG. Jedermann ist dazu herzlich eingeladen - auch die älteren interessierten Landsleute! Nach den Ferien beginnen wir wieder am Montag, dem 11. September!

++++

Sonntag, 6. August: SÜDMÄHRER-KIRTAG in Niedersulz (Beginn 9:30 Uhr mit der Feldmesse)

Montag, 14. August: ZNAIMER-Treffen in Unterretzbach beim Heimatdenkmal (10 Uhr);
Dienstag, 15. August: Deutsche Messe in der St. Niklaskirche in Znaim, 17 Uhr

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND

Juni

10. Juni 19 Uhr Sommerkonzert mit großem Zapfenstreich mit der Militärmusik NÖ in Buchers im Böhmerwald, nahe Karlstift. Kartenvorbestellungen unter www.buchers-heimat-verein.at

11. Juni 10 Uhr: Dreifaltigkeitswallfahrt nach Reingers. Treffen der Neubistritzer

12. Juni 19 Uhr Übungsabend des Sudetendeutschen Volkstanzkreises im HdH (2.Stock)
15. Juni 10 Uhr Gräberfahrt der Heimatgruppe Bruna Wien zum Gedenken an den Brünner Todesmarsch. Anmeldung bei Frau Tumberger: 0676/374 33 62

16. Juni 9,30 Uhr Frühjahrswanderung Pollauer Berge mit der OG Oberwisternitz, Treffpunkt Kirche

16. Juni 17 Uhr Totengedenken des Heimatkreises Nikolsburg

18. Juni Kreuzbergtreffen der Südmährer in Kleinschweinbarth: 10 Uhr Festmesse, Totengedenken und Kundgebung am Kreuzberg, 14 Uhr Südmährer-Kirtag im Gasthof Schleining. Anfrage für Busfahrt bei Frau Kerschbaum: 01/318 01 17

18. Juni 15 Uhr Gedenkmesse zum Brünner Todesmarsch in der Deutschordenskirche in Wien 1, Singerstraße 7

24./25. Juni Frühling-Kulturfahrt des Arbeitskreises Südmähren nach Straßnitz und Tynau. Abfahrt von Wien 6 Uhr. Anmeldung bei Herrn J. Mord 02522/7638 od. asoe.jomora@aon.at

25. Juni/1.Juli Sudetendeutsche Ferienwoche in Seeboden am Millstätter See. Anmeldung:

04762 81255 12, susanne.kuttin@ktn.gde.at od. seeboden.info@ktn.gde.at

7./9. Juli Busfahrt nach Südböhmen (Krummau, Budweis, Frauenberg, Moldau-Stausee). Anmeldung bei Herrn Kriehuber unter 0664/7363 24 54 o. f.kriehuber@aon.at

Vorschau

29./30. Juli Bundestreffen der Südmährer in Geislingen Veranstaltungsort: HdH = Haus der Heimat in Wien 3, Steingasse 25

Ausstellungen

Bis 7. April 2018: Sonderausstellung: „Rosa Tahedl“ zum 100. Geburtstag der Heimatkundlerin im Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3, So 9 bis 12 Uhr

Bis 18. Juni 2017: Egon-Schiele Ausstellung in der Albertina in Wien 1, Albertinaplatz 1, täglich von 10 bis 18 Uhr, Mi von 10 bis 21 Uhr.

Bis 26. Oktober 2017: Sonderausstellung „Prof. Hugo Lederer“ (Bildhauer) im Museum der Stadt Retz, Znaimer Straße 7. Fr - So u. Fei 13 bis 17 Uhr

Bis 16. Juni 2017: Ausstellung Peter Schubert. Jugendstil in Böhmen, Mähren und Schlesien im Tschechischen Zentrum Wien, Wien 1, Herrengasse 17. Mo, Mi u. Do 10 bis 17 Uhr, Di 10 bis 18 Uhr, Fr 10 bis 16 Uhr

Bis 10. September 2017: Ausstellung „Drent&Herent - Zum Leben an der Grenze im Stadtmuseum „Alte Hofmühle“ in Hollabrunn, Mühlenring 2. So u. Fei 9,30 bis 12 Uhr

Auch bei den Heimatgruppentreffen und Busreisen sind Gäste willkommen

Weitere Infos unter www.sudeten.at und www.sloe-wien.at

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Die Verbandsleitung der Böhmerwäldler in OÖ gratuliert zu den Geburtstagen im Monat 6/2017: Josef Graf Czernin-Kinsky 97 Jahre am 16.06., Anna Zahradnik 94 Jahre am 12.06., Anna Gotsmich 93 Jahre am 14.06., Emma Strigl 90 Jahre am 17.06, Adolf Hansl 90 Jahre am 17.06, Wilfried Strada 86 Jahre am 23.06, Margarete Bernard 74 Jahre am 24.06., Helena Hermann 73 Jahre am 23.06.

Vorschau:

Böhmerwaldrunde am Freitag, 2. Juni 2017 um 14,00 Uhr Breitwieserhof Böhmerwaldrunde am Freitag, 7. Juli 2017 um 14,00 Uhr Breitwieserhof

Helga Böhm (Vorsitzende)

Sudetendeutscher Kulturkreis:

Termine für die Heimattreffen im Ursulinenhof, jeweils am Freitag von 15-17 Uhr, 1. Stock Konferenzraum, Saal C.

Freitag, 9. Juni 2017

Freitag, 14. Juli 2017

Irene Axmann

Kaplitzerunde jeden 1. Dienstag im Monat, 1. Stock, Klosterhof, Linz, Landstraße.

Bei Schönwetter im Gastgarten.

Dienstag, 6. Juni 2017

Dienstag, 4. Juli 2017

Elfriede Weismann

Verband der Südmährer in Oberösterreich

Die Verbandsleitung der Südmährer in Oberösterreich wünscht allen im Monat Juni geborenen Mitgliedern zum Geburtstag alles Gute, vor allem Gesundheit und noch viele glückliche Jahre! Liebe Grüße gehen an Herrn Ing. Peter Ludwig, 74 Jahre am 13. 06., Herrn Uni. Prof. Heinz Brandl, 77 Jahre am 29. 06. und Frau Maria Haselsteiner, 89 Jahre am 30. 06.

Walfriede Masa

Freistadt

Folgende Mitglieder haben im Juni Geburtstag: ÖR.Dipl.Ing. Czernin-Kinsky 16. Juni Sandl Sandra Wagner 16. Juni Freistadt Erna Ziehan 17.Juni Freistadt HR.Dr. Josef Sonnberger 20.Juni Linz

Die Bezirksgruppe Freistadt, hatte am 7. Mai im Cafe Friesenecker die Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen.

Wir konnten auch unseren L.O. Peter Ludwig begrüßen,der uns den Wahlleiter machte und einige Worte an uns richtete. Bis auf die Kassenprüfer,Werner Lorenz und Martin Kriegl blieb der Vorstand wie er war. Die Zitherrunde, unter der Leitung von Frau Erni Wegerer, begleitete uns durch den Nachmittag.

LM.Herbert Preslmaier zeigte uns Bilder vom Ausflug 2016 und vom Bau der S10 Schnellstrasse. Bei Kuchen und Kaffee klang der Nachmittag aus. OM.Trummer bedankte sich beim alten und neuen Vorstand für die vergangene und zukünftige Arbeit. Zum Schluß bedankte sich OM. Trummer für die Teilnahme an der Versammlung und einen erholsamen Sommer,sowie einen guten Nachhauseweg.

Am 14. Juni um 19 Uhr findet das Stammtischtreffen im Gasthaus „Zur Jaunitz“, Freistadt, Arnehtstraße 1 statt.

Helga Kriegl

Wir danken für Ihre Spende für die Sudetenpost

11,- Böhme Wolfgang	6,- Hüber Manfred	6,- Mörxlbauer Aloisia	31,- Stingl Herfried, Dr.
20,- Büttner Christiane	11,- Jansche Rudolf, Prof.	31,- Neudert Johann	11,- Sudetendeutsche LM Rheingau
11,- Christ Ursula	1,- Kaufmann Therese	11,- Neumann Christian	70,- Vogel Manfred
21,- Dittrich Frank	21,- Kerber Sieglinde	11,- Neumann Friedrich	78,- Walterspacher Gerhard
39,- Fechter Armin	50,- Kern Ursula	11,- Neumeier Josef	6,- Werani Hans
6,- Filser Thomas	6,- Klein Irmtraud	11,- Petroll Helga	11,- Zaby Josef
11,- Förster Rosl	6,- Klotz Walter	1,- Plihal Ernst	7,- Bucher Franz
6,- Frank Adolf, Dr. med.	1,- Kretschmer Rosemarie	11,- Proske Albert	2,- Dudas Maria
11,- Friedrich Ralf u. Gislinde	11,- Kretschmer Walter	1,- Putz Rudolf, Dipl. Ing.	7,- Kretz Gertraud
1,- Gratzl Hans	11,- Kröff Ingrid	11,- Reitingner Jordan	7,- Lederer Martin
11,- Haferkorn Wolfgang, Dr.	11,- Kudernatsch Helmut	5,- Roch Gerhard	7,- Matzka Maria
1,- Hampel Margarethe	21,- Kunert Manfred, Dkfm.	11,- Scherbaum Otto	7,- Reichel Friedrich
11,- Hanak Gerd	61,- Laber Herwig	11,- Schmidt Wolfgang	17,- Salzinger Adolf, Bürgermeister
65,- Hausner Hermine	5,- Lausecker Heinrich	1,- Schreiber Herbert, Dr.	25,- Wala Adolf, GD a.D. Präs.
1,- Hentschel Franz	11,- Loh Hans	11,- Silbermann Johanna	7,- Weissenbacher Franziska
11,- Hobert Franz	11,- Longin Franz	61,- Sonnenberg Regine	50,- Zitka Hans-Roland, Dr.
1,- Hörmann Franz	6,- Maul Dieter	11,- Steck Rainer-Udo, Dr.	

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

Festliche Erdbeertorte:

Zutaten: 140 g Butter, 140 g Zucker, 200 g Mehl, 4 Eier, 70 g Kakao, 1 Kaffeelöffel Weinsteinbackpulver

Creme: 500 g Schlagobers, 200 g Staubzucker, 400 g Erdbeeren, 5 Blatt rote Gelatine, 1 Rippe Kochschokolade

Zubereitung: Die erweichte Butter rührt man mit dem Zucker schaumig, gibt nach und nach die Eier zu und zieht zuletzt das mit Backpulver und Kakao versiebte Mehl unter die Schaummasse. In einer gefetteten und gestaubten Tortenform bei Mittelhitze backen, nach dem völligen Erkalten Tortenboden einmal durchschneiden.

Für die Creme werden die Erdbeeren mit der Gabel zerdrückt, mit Zucker und aufgelöster Gelatine gut verrührt, dann zieht man 2/3 des steif geschlagenen Obers leicht darunter.

Nun legt man den Tortenboden in die mit Alufolie ausgelegte Tortenform ein, verteilt darüber die Creme und deckt mit der zweiten Tortenhälfte ab; mindestens 1 Stunde kaltstellen. Dann wird die Torte aus der Form genommen. Mit dem restlichen Schlagobers bestreichen, mit grob geraspelter Schokolade bestreut und mit ganzen Erdbeeren verziert.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka-Grech

Vorankündigung: Heimattreffen der Pfarrgemeinde Rosenthal

26./27. August 2017. Samstag, 10 Uhr Heimatmuseum Zulissen,
18 Uhr Pfarrkirche Rainbach.

Sonntag, 11 Uhr Gottesdienst mit Bischof Mons. ThDr Vlastimil Krocil in Rosenthal.

Anfragen bei E-Mail: reinhardtboehm9@gmail.com

Redaktionsschluss (RS) für die Folge 7 ist der 22. Juni 2017 um 12 Uhr Mittag. Erscheinungstermin (ET) ist am 6. Juli 2017. Wir bitten um Verständnis, wenn in der aktuellen Ausgabe aus Platzgründen nicht alle Beiträge erscheinen konnten oder gekürzt werden mussten. Haben Sie für die Seite 1 ein Erinnerungsfoto? Schicken Sie es mit einigen Zeilen an die Redaktion.

Bitte senden Sie alle Ihre Artikel, Berichte, Manuskripte und Anfragen AB SOFORT an: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steingasse 25, Telefon 01 / 718 59 19, Fax 01 / 718 59 23, E-mail-Adresse: sloe@chello.at

ET Nr 8:	3. August	RS: 20. Juli
ET Nr 9:	7. September	RS: 24. August
ET Nr 10:	5. Oktober	RS: 21. September
ET Nr 11:	9. November	RS: 25. Oktober

Sudetendeutsches Erbe

Ihnen zur Ehre
Ihren Lieben zum Gedenken
den Sudetendeutschen eine Zukunft!



Die SLÖ bietet Ihnen in allen Fragen von Legaten und Erbschaften zugunsten der Sudetendeutschen individuelle Beratung durch einen Fachmann!

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)
A-1030 Wien, Steingasse 25

Telefon: 0043 1 718 59 19, Fax 0043 1 718 59 23

E-Mail: office@sudeten.at

Internet: www.sudeten.at

Sudetenpost

IMPRESSUM

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, 4210 Gallneukirchen, Narzissenweg 5, www.sudetenpost.com, ZVR-Zahl: 493880643
Obmann/Redaktion: Gerhard Zeihel, 1030 Wien, Steing. 25, Ruf: 0043(0)1/718 59 19, Fax: 0043(0)1/718 59 23,
E-Mail: sloe@chello.at, Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29.

Die Zeitung erscheint einmal im Monat.

Jahresbezugspreis: Inland € 33,00, inkl. 10 % Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 39,00,
Übersee: € 65,00. Einzelpreis: € 2,80. –

Bankkonto: Sparkasse OÖ, Kto.-Nr. 32100-240757, Blz. 20320 – IBAN: AT532032032100240757,
BIC ASPKAT2LXXX

Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Kto.-Nr. 89869, Blz. 74090000.
IBAN: DE437409000000089869, BIC GENODEF1PA1.

Postanschrift und Anzeigenannahme: Steingasse 25, 1030 Wien

Kündigungsfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „Sudetenpost“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf eine Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

BESTELLSCHHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetenpost“, 1030 Wien, Steingasse 25.

Telefonische Bestellung: 0043(0)1/718 59 19.

E-Mail: sloe@chello.at

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____

Straße: _____

Plz: Ort: Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 33,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 39,00. – , Übersee € 65,–. Bankkonto: Sparkasse OÖ, Kto.-Nr. 32100-240757, Blz. 20320 – IBAN AT532032032100240757, BIC ASPKAT2LXXX. Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kto.-Nr. 89869, Blz. 74090000.
IBAN DE 437409000000089869, BIC GENODEF1PA1. Postanschrift und Anzeigenannahme: Steingasse 25, 1030 Wien. Kündigungfristen per Jahresende, vom 1. Sept. bis 30. Nov., da es sich bei der Sudetenpost jeweils um ein Jahres-Abo handelt, welches sonst weiterläuft.